

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Amt Dänisch 4196/4195



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 3 61, Belle-Alliance-Platz 3
Druckerei: Spedition

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruck ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders verordnet ist. Genehmigung für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 15. März 1930

Prosperität.

(Von unserem Korrespondenten)

Int. Institut
Soc. Geschlechts
Amsterdam

SPD. New York, Mitte März (Eig. Bericht)
Prosperität, ein schönes Wort. Amerika nennt es mit Stolz sein Eigen, behauptet, der Welt überhaupt erst das Massen-Evangelium materieller Wohlfahrt und Reichtum verkündet zu haben. Prosperität ist für Amerika, was jahrhundertalte Kulturschätze für Europa, die philosophische Abgeklärtheit des Konfuzius für China, Weisheit und Wissensreife für den Orient sind. Eine Fahrt durch die Vereinigten Staaten überzeugt, dass Prosperität mehr als eine bloße Tatsache ist, die dazu noch von böartigen, kritisch eingestellten Individuen angezweifelt wird. "Prosperity" ist ein Begriff. Ein Begriff, der so in das Fleisch und Blut der amerikanischen Nation übergegangen ist, dass mit ihm und unter ihm alle Sünden des Systems zugedeckt werden, dem Amerika die waterschaft an seinem materiellen Wohlergehen zuschreibt.

Seit Oktober des Vorjahres haben die Dinge ein anderes Gesicht angenommen: Hier knackt es und dort bröckelt es hörbar. Die Börsenkrachs haben zu einer Ernüchterung geführt, die verzweifelte Ähnlichkeit mit einer kernigen Katerstimme hat. Aber aller Katzenjammer kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass dieses Land ein unerhörtes Bild materiellen Wohlbefindens bietet. Statistiken erzählen der staunenden Welt von einem Nationalreichtum von 360 Milliarden Dollar im Jahre 1928, dem 321 Milliarden Dollar in 1922 und lumpige 186 Milliarden in 1912 gegenübergestellt werden. Eine imposante Zahlenparade, die den Leser erschauern macht. Der Anteil des Einzelnen wird auf 3000 Dollar und im Staate New York sogar auf 3513 Dollar berechnet. Selbst wenn die Entwertung des jetzigen Dollar gegenüber dem Vorkriegsdollar um 37 Prozent in Betracht gezogen wird, bleibt das Wachstum innerhalb 16 Jahren geradezu erdrückend.

Man kann von vornherein einwerfen, dass allen Vergleichen und Statistiken im Leben eines 110 Millionen-Volkes nur sehr bedingter Wert zukommt. Mit Schauern gedenkt man der Wirtschaftsstatistiken im Kriege, mit denen alles von der ausgezeichneten Ernährung eines Volkes mit Dörrgemüse bis zu den über alles befriedigenden Ergebnissen des "Stahlbades" bewiesen werden konnte. Nichtsdestoweniger, die amerikanischen Wirtschaftsziffern bleiben eindrucksvoll und können nicht einfach mit ablehnender Geste beiseite geschoben werden.

Aber weil es sich um Feststellungen gigantischen Ausmasses handelt, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der amerikanischen Massen im Auslande von ungeheurer Bedeutung sind, tut ein Körnchen Salz mehr denn je not. Statistiken haben bekanntlich Janusgesichter. Aus dem Herzen derselben amerikanischen Massen kommen Statistiken, die ein wesentlich anderes Bild präsentieren, ohne deswegen die Richtigkeit der gegebenen Zahlen anzuzweifeln. In ihnen wird festgestellt, dass das Durchschnittsgehalt des amerikanischen Lohnangestellten und Arbeiters pro Jahr 1898 Dollar beträgt, in gewissen führenden Industriegebieten sogar nur 1200 Dollar. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich unter dieser

Kategorie zahlreiche Professionelle und höher bezahlte Angestellte befinden, deren höheres Einkommen durch geringere Einkünfte der Arbeiterschaft wettgemacht wird. Nach amtlichen Kalkulationen ist aber ein derartiges Durchschnittseinkommen nicht mehr als die Hälfte des amerikanischen Lebensminimums, das heisst eines theoretischen Minimums mit komfortabler Lebensweise und Gesundheitspflege. Man kann sich daraus ein Bild machen, wie das wirkliche Lebensminimum eines Arbeiters in den Textilgebieten des Südens aussieht, der bei ausserordentlich teurer Lebenshaltung weniger als 1200 Dollar pro Jahr verdient.

Neben dem Arbeiter und Angestellten muss noch der amerikanische Farmer berücksichtigt werden, der in den letzten Jahren trotz aller Bundeshilfe, die übrigens auch mehr auf dem Papier steht, wirtschaftlich mehr und mehr absinkt. Ist doch in landwirtschaftlichen Untersuchungen der Universität Chicago festgestellt worden, dass den amerikanischen Farmer unter den gegenwärtigen Umständen nur noch ein kleiner Schritt von der Servilität europäischer Landwirtschaft trennt.

Das sind die harten Tatsachen und nicht die wunderschönen Theorien. Dabei sind die alarmierende Arbeitslosigkeit, das hohe Preisniveau und die Arbeitsbedingungen noch keineswegs in Anschlag gebracht worden. Amerika nach Florida, den New Yorker Wolkenkratzern und den Rieseneinkommen einer Handvoll Leute zu beurteilen, wäre genau so unverständlich als die Wirtschaftslage des deutschen Metallarbeiters an den Finanzen der Thyssen und Borsig zu messen. Wirtschaftskrisen und Massenelend bringen auch hierzulande bittere Zweifel an der vermeintlichen Unfehlbarkeit der vom Kapitalismus gepredigten Lehren mit sich. Sieben fette Jahre haben in Amerika allen Sinn für eine nüchterne Abschätzung der Tatsachen und Möglichkeiten verschwinden lassen und eine falsche Sicherheit geschaffen, die jetzt im Angesichte von Millionen Arbeitsloser ins Bodenlose abzusinken droht. Seit Monaten ist die amerikanische Nation, soweit sie nicht am Schraubstock und laufenden Bande steht, mit der Lösung des nationalen Preisrätsels der Prosperität beschäftigt, ohne bisher zu einem abschliessenden Urteil gekommen zu sein. Worauf es in Wirklichkeit ankommt, ist nicht, theoretische Preisfragen zu lösen, sondern sich ein ungeschminktes Bild der Wirtschaftslage des man of the street, des gewöhnlichen Mannes, zu machen. Niemand wird an Hand dieser unbestreitbaren Tatsachen behaupten können, dass sein wirtschaftlicher Zustand sehr ermutigend ist.

SPD. Neumünster, 15. März (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr fand ein Schüler an der Südseite des Finanzamtes eine Höllenmaschine, deren Uhrwerk noch im Gang war. Die sofort benachrichtigte Polizei machte die Bombe, die ebenfalls in einem Koffer untergebracht war, unschädlich. In dem Koffer befand sich eine Oelkanne, die mit etwa 6 bis 7 Liter Sprengstoff gefüllt war. Das Uhrwerk, das die Bombe zur Explosion bringen sollte, war auf 2.30 Uhr eingestellt, sodass anzunehmen ist, dass die Explosion in der Nacht zum Sonntag erfolgen sollte, wenn nicht zuvor die Bombe aufgefunden worden wäre. Die erforderlichen polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet.

SPD- Altona, 15. März (Eig. Drahtb.)

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums in Altona teilt zu dem versuchten Bombenanschlag in Oldesloe mit:

Die Altonaer Kriminalpolizei stellte fest, dass der Sprengkörper eine Höllenmaschine darstellt, wie sie bei den Attentaten der Landvolkbewegung verwendet wurden. Auch die innere Anordnung stimmte mit den bereits früher gefundenen Höllenmaschinen überein. Die Sprengmasse selbst befand sich in einem vierkantigen Kanister, von dem eine Zündung über zwei Sprengkapseln zum Wecker ging. Die Zündung selbst sollte durch eine Taschenlampenbatterie erfolgen. Sie war auf

vier Uhr eingestellt. Aus noch unbekanntem Gründen hat die Zündung aber nicht die Sprengstoffmasse zur Explosion gebracht.

Die ganze Arbeit war sauber ausgeführt. Zu den letzten Handgriffen hatten die Hersteller Gummihandschuhe benutzt, die sie mit dem Koffer zurückliessen. Der Koffer war von aussen mit einer Schnur in den Kohlenkeller des Stadthauses heruntergelassen. Die Schnur hatten die Täter hinterher geworfen.

SPD. Stuttgart, 15. März (Eig. Drahtb.)

Reichskanzler Hermann Müller hielt am Sonnabend abend in einer Kundgebung aus Anlass der 10. Wiederkehr des Tages, an dem der Kapp-Putsch stattfand, eine Ansprache, in der er im wesentlichen folgendes ausführte:

"Die Gewaltspolitik der Entente und die bolschewistische Flut lieferten damals den Untergrund für den Kapp-Putsch. Wenn er nicht prompt abgewehrt worden wäre, wäre der Währungszerfall und die Kapitalflucht noch mehr gesteigert worden. Der Verlust an Nationalvermögen durch den Kapp-Putsch wurde auf 1 Milliarde geschätzt. Kapp gab vor, eine neue Regierung der Ordnung und Freiheit zu bilden. Staat und Wirtschaft lassen sich aber nicht kommandieren. Zu dem wahnwitzigen Unternehmen wäre es nie gekommen, wenn fest zugegriffen worden wäre, als Lüttwitz das Unternehmen einleitete und dem Reichspräsidenten Ebert seine Forderungen vortrug. Aber nicht einmal das Kabinett war zutreffend unterrichtet, als die Berliner Volkszeitung über das drohende Unternehmen bereits Mitteilungen gebracht hatte. Man wollte keine Beunruhigung schaffen und glaubte so am besten Blutvergiessen vermeiden zu können. Kapp und Lüttwitz forderten die Auflösung der Nationalversammlung, Reichstagswahlen und Fachminister. In Wirklichkeit wollten sie aber die Staatskrise, auf die heute Hugenberg noch wartet und weiter warten will, wenn auch die Industrie inzwischen Not leidet und die Landwirtschaft zugrundegeht.

Kapp wollte damals Fachminister einsetzen. Seine Mitarbeiter waren aber politischen Dilettanten wie Lüttwitz, Jagow, Ehrhardt, Pabst, Lincoln-Trebisch und Schnitzler. Die anderen kamen nicht rechtzeitig heran. Später haben Kapps Verteidiger erklärt, dass es zur Kappzeit in der Reichskanzlei wie in einer "Judenschule" hergegangen sei. Statt der "Retter" waren nur Postenjäger zu sehen. Kapp selbst war ein unfähiger Kraftmeier. Die Kappregierung liess sofort die englische Mission wissen, dass sie den Versailler Vertrag anerkennen würde. So haben Deutschnationalen den Versailler Vertrag freiwillig anerkannt, den ich auf Beschluss der Nationalversammlung nur unter Zwang unterschrieben habe. Wenn der ganze Spuk so schnell verflog, so ist das der einmütigen Abwehr der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu danken, deren unbestrittener Führer damals Karl Legien war. Freilich mussten die Kommunisten in die Einheitsfront erst hineingezwungen werden, nachdem sie vorher proklamiert hatten, dass sie für die "Regierung der Mörder Liebknechts und Luxemburgs" keinen Finger rühren würden.

Jagow jammert heute noch über den ungerechten Generalstreik, der doch nur ein legales Mittel gegen die illegale Gewalt von Meuterern und Verbrechern war. Kapp hat Standgerichte eingesetzt und Streikposten mit Todesstrafe bedroht. Aber dieser Terror störte die Einigkeit der Massen nicht, die nach dem verlorenen Krieg nicht auch noch den Frieden verlieren wollten. Die Beamten haben Kapp den Dienst verweigert, die Staatssekretäre der Reichsämtler haben das beschlussmässig festgelegt. Von dem baldigen Zusammenbruch dieses Unternehmens waren übrigens auch Handel und Industrie überzeugt.

Auf die Staatstreue der Beamten muss sich der demokratische Staat auf alle Fälle verlassen können. Hierzu einige Feststellungen aus neuester Zeit, die mir Severing mitteilte: An der Propaganda für das Hugenberg'sche Volksbegehren haben sich im Bereich des Finanzministeriums 25 Beamte, in dem des Reichsarbeitsministeriums 1, in dem des Reichswehrministeriums 1, bei der

Reichswehr 16 Beamte beteiligt, von denen 12 nach der aufklärenden Mitteilung der Reichsregierung die Propaganda eingestellt haben. Von den dem Aussen-, Innen-, Wirtschafts-, Ernährungs- und Rhein-Ministerium unterstehenden Beamten hat sich keiner beteiligt. Das sind im ganzen 43 Fälle unter 339 622 Reichsbeamten. Ein ausgezeichnetes Resultat! Trotzdem wollen wir wachsam sein. Wir dürfen den Staat den Feinden der Republik nicht überantworten. Wir müssen stets den Willen haben, im republikanischen Staat mitzuarbeiten.

Man hat damals viel gehöhnt über die "Flucht" der Reichsregierung nach Stuttgart, obwohl wir nicht mit der blauen Brille gereist sind wie nach Ludendorffs Vorbild auch Kapp, als er dann nach Schweden fuhr. Im Kabinett schwankte die Wage bis zum Morgen, ob in Berlin Widerstand geleistet werden sollte. Für die Reise über Dresden nach Stuttgart gab den Ausschlag, dass die legale Regierung unter keinen Umständen handlungsunfähig gemacht werden dürfte. Von Dresden wurden bereits die Aufrufe erlassen, die der Welt zeigten, dass die Regierung den Widerstand gegen den Putsch organisierte. In Stuttgart begrüßte dann der württembergische Staatspräsident Bloss die Reichsregierung an historischer Stelle. In Stuttgart wurde im Rumpfparlament die Paulskirchen-Versammlung zu Grabe getragen, die Nationalversammlung 1920 aber lebte. Kapp musste zu der Lüge greifen, dass Verhandlungen mit der alten Regierung im Gange seien und gute Fortschritte zeigten. Als dann General Merker als Vermittler nach Stuttgart kam, haben Ebert, Bauer, Bell, Fehrenbach und ich ihm auseinandergesetzt, dass es ein Paktieren nicht gebe. Süddeutschland und die Rheinlande hätten vor allem keine Sehnsucht, unter die Herrschaft eines Säbelregiments zu kommen. Wenn Kapp nicht sofort verschwände, könnte uns das hinter 1866 zurückführen.

Nach 5 Tagen war die Herrschaft der Lüge zu Ende. Die Nachwehen äusserten sich allerdings noch lange im Ruhrgebiet in erbitterten Kämpfen, was dann unmittelbar zur Besetzung von Frankfurt a. Main führte. Ebert stellte in seinem Aufruf an das deutsche Volk fest, dass die Demokratie in der Deutschen Republik kein Schein und keine Täuschung sei. Gross war die Wirkung der Abwehr auf die Welt, die nun gesehen hatte, dass Deutschland keine Republik ohne Republikaner war. Das deutsche Volk braucht auch heute eine ruhige, stetige Entwicklung, wenn sein Wiederaufbau gelingen soll. Das setzt aber voraus, dass wir jetzt und allezeit zur Verteidigung der Demokratie bereit sind. In Erinnerung an den Kapp-Putsch sei das unser Gelöbnis."

SPD. Paris, 15. März (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Wochenschrift "Lumiere", die schon wiederholt offen und unverhüllt den Präsidenten der französischen Republik wegen dessen Haltung während der letzten Ministerkrise angegriffen hatte, - Doumergue hatte es für richtig befunden, trotz des Rates der Präsidenten von Kammer und Senat Briand zu übergehen und Tardieu mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen - veröffentlicht am Sonnabend eine aufsehenerregende Schilderung der Vorgänge während des einzigen Ministerrates, den das Kabinett Chautemps abgehalten hatte. Nach dieser Schilderung, die aus der Feder des radikalsozialen Abgeordneten Francois Albert stammt, soll sich während dieses Ministerrates folgende Szene abgespielt haben :

"Briand hielt sein Referat über die Verhandlungen bei der Londoner Seeabrüstungskonferenz. Der Aussenminister erwähnte dabei nebenher, dass die Ziffern des französischen Memorandums die absoluten Bedürfnisse Frankreichs enthalten, und dass diese Ziffern im Falle eines Abkommens selbstverständlich eine relative Abänderung erfahren könnten. An dieser Stelle unterbrach der Präsident der Republik plötzlich die Ausführungen Briands, um diesem in unfreundlichem Tone zu fragen, was dieser Satz zu bedeuten habe. Briand erwiderte, Sinn jeder diplomatischen Unterhandlung sei, eine Einigung zu erzielen

und eine gegenseitige Angleichung der Einzelforderungen zu ermöglichen. Der Präsident der Republik gab sich jedoch mit dieser Erklärung nicht zufrieden und erklärte, dass die französische Forderung ein Minimum darstelle, unter das unter keinen Umständen heruntergegangen werden dürfe. Doumergue kritisierte mit immer heftigeren Worten Briands angebliche Verzichtspolitik. Briand beantwortete die ungehörige Einmischung Doumergues in seine Geschäfte mit entschiedener Ablehnung, worauf Doumergue ihm zurief: "Ich kenne Ihre diplomatischen Methoden: sie bestehen aus ununterbrochenem Kapitulieren."

Die "Lumiere" schliesst ihren Aufsehen erregenden Bericht mit den Worten, Herr Doumergue stelle eine Bedrohung der Politik des Friedens dar; es sei an der Zeit, dass alle Republikaner sich dieser Gefahr bewusst würden.

SPD. Der Reichsrat genehmigte am Sonnabend die von der Reichsregierung eingebrachten neuen Zoll- und Steuervorlagen, die einen grossen Teil des Deckungsprogramms für den Etat 1930 ausmachen.

SPD. Insterburg, 15. März (Eig. Drahtb.)

In Insterburg wurden Kommunisten überrascht, als sie über die Mauer der Reichswehrkaserne klettern wollten. Der Anführer wurde verhaftet. In seinem Besitz fand man ausser kommunistischen Flugblättern eine Pistole mit scharfer Munition.

SPD. Paris, 15. März (Eig. Drahtb.)

Aus den französischen Südprovinzen werden neue Überschwemmungen gemeldet. Diesmal ist das Tal der Adour durch die Regengüsse auf einer Fläche von zwei Millionen Hektar überschwemmt worden. 200 Häuser wurden durch die Fluten isoliert und befinden sich in ständiger Einsturzgefahr. Die Aussaat ist vernichtet; das Vieh zum Teil ertrunken. Die Bevölkerung konnte sich teils noch vor dem Eintreffen der Flut in Sicherheit bringen, teils ist sie durch Boote abgeholt worden. Im Tale der Tarn hinter Moissac ist inzwischen wieder eine 200 Meter lange Brücke eingestürzt. Die Pfeiler waren bereits durch die erste Katastrophe unterhöhlt worden.

SPD. Kopenhagen, 15. März (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen der Regierung mit der gemässigten Linken wegen der Verabschiedung des Abrüstungsvorschlages durch den Reichstag, sind gescheitert. Die Vorlage wird deshalb den Reichstag erst in der nächsten Session beschäftigen.

SPD. Kiel, 15. März (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren hätte gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten des preussischen Landtags Lohse drei einstweilige Verfügungen erwirkt, die es Lohse bei Strafe verbieten, gewisse Beschuldigungen, die sich auf die politische Vergangenheit Oberfohrens beziehen, zu wiederholen. Das Gericht hat nunmehr den Einspruch Lohse's gegen die einstweiligen Verfügungen zurückgewiesen und damit die Möglichkeit bejaht, dass durch Gerichtsbeschluss ein politischer Gegner verurteilt werden kann, den Mund zu halten.

SPD, Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte unlängst der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemarck an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Young-Plan und dem Polenvertrag die Unterschrift zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Herr Reichspräsident folgende Antwort erteilt:

"Berlin, den 14. März 1930.

Sehr geehrte Herren!

Von Ihrem zugleich im Namen anderer studentischer und Jugendverbände an mich gerichteten Schreibenvom 18. Februar d. J. habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe, dass die inzwischen von der Reichsregierung im Reichstag gegebenen Aufklärungen über den Young-Plan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine sachliche Würdigung gefunden und manche irrigen Voraussetzungen in Ihrem Schreiben vom 18. Februar d. J. beseitigt haben. Im übrigen verweise ich auf meine öffentliche Kundgebung, in der ich die Gründe für meine Stellungnahme kurz angegeben habe.

Ihnen aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände sich in Ihrem Schreiben auf die Toten von Langemarck berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, dass gerade die Erinnerung an die opfermutig für das Vaterland gefallenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, dass deutsches Gebiet frei wird, und dass Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin sehe ich für meine Person die Mahnung, die die Toten von Langemarck für die deutsche Jugend bedeuten.

Ich darf Sie bitten, den anderen Verbänden, die die Eingabe mitunterzeichnet haben, dieses Schreiben zur Kenntnis zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen!

gez. von Hindenburg."

SPD. München, 15. März (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit der von den Nationalsozialisten betriebenen Zellenbildung in der Reichswehr wurden am Sonnabend durch Kriminalbeamte der Münchener Polizeidirektion eingehende Haussuchungen in den Büroräumen Hitlers, also der Reichsleitung der Nationalsozialisten abgehalten, die sich auch auf die übrigen in München befindlichen Geschäftsstellen der Hakenkreuzler und auf die Privatwohnungen einiger Redakteure des "Völkischen Beobachters" erstreckten. Bemerkenswert ist das Eingeständnis des Hitler-Organs, dass "in einem Teil der Reichswehr sich zunehmendes Verständnis für die Ziele des nationalsozialistischen Freiheitskampfes bemerkbar macht, und dass eine Reihe von Reichswehrangehörigen bereits im Herzen Nationalsozialisten sind." Nach den Mitteilungen desselben Blattes wurde der in Kassel verhaftete Stosstrupfführer Wendt, der erst vor kurzem als Oberleutnant aus der Reichswehr in Ulm ausgeschieden ist, bereits nach Stuttgart übergeführt, Die beiden in Ulm verhafteten Reichswehr-offiziere wurden ebenfalls nach Stuttgart gebracht.

Die zur Aufdeckung der nationalsozialistischen Zellenbildung eingesetzte Untersuchungskommission, der unter Leitung des Senatspräsidenten Braune aus Leipzig erschienene Staatsanwälte und richterliche Untersuchungsbeamte angehören, hat ihre Tätigkeit in Stuttgart beim Wehrkreiskommando V. bereits aufgenommen.

SPD. Köln, 15. März (Eig. Drahtb.)

Der Stahlhelm, der im Westen verboten ist, hat in Köln in dem sogenannten "Rheinischen Heimatbund" eine Ersatzorganisation aufgemacht. In einer Versammlung dieses Bundes wies der Vorsitzende darauf hin, dass der "Rheinische Heimatbund" eine Sammlung der "Nationalen Opposition" gegen die Versklavung Deutschlands bezweckte. Im Saal wurde die Stahlhelm-Zeitung verkauft.

SPD. Der Reichsaussenminister hat auf eine Anfrage der demokratischen Fraktion über die Einmischung von Sowjetstellen in die innerdeutschen Verhältnisse folgende Antwort erteilt :

"Über einen Beschluss des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale in Moskau, "die kommunistische Bewegung in Deutschland mit allen Mitteln zu unterstützen und die revolutionäre Bewegung in Deutschland in jeder Weise zu fördern", liegen bisher keinerlei authentische Nachrichten vor. Bekannt ist aus der russischen Presse, dass die Reichstagsabgeordneten Heckert und Thälmann an den Moskauer Besprechungen teilgenommen haben, und dass der Abgeordnete Thälmann dem Exekutiv-Komitee einen "Rechenschaftsbericht" der K.P.D. erstattet hat. Sollten Nachrichten im Sinne der Anfrage eingehen, so wird die Reichsregierung sie bei ihren diplomatischen Verhandlungen mit Russland verwerten."

SPD. München, 15. März (Eig. Drahtb.)

Den Aufruf des Reichspräsidenten Hindenburg nennt der "Völkische Beobachter" ein Dokument des schlechten Gewissens und besudelt ihn mit folgenden Worten :

"Am liebsten würde man über Hindenburgs Tat schweigen, schweigen vor Scham, weil der einst vergötterte Mann des deutschen Deutschland gemeinsame Sache macht mit Männern und Parteien, die seit Jahrzehnten dieses Deutschland bespion und verraten haben. Seine Mahnung wird den Marxismus und die einmütige Demokratie zu neuen Unterdrückungsmassnahmen anspornen. Wir stellen ohne jede Sentimentalität fest, dass Reichspräsident Hindenburg Abschied von Deutschland genommen und sich für die Young-Kolonie entschieden hat, deshalb hat das erwachende Deutschland auch Abschied von ihm genommen."

SPD. Hamburg, 15. März (Eig. Drahtb.)

Im Ostasiatischen Verein Hamburg-Bremen hielt Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer am Sonnabend eine Rede über das Finanzprogramm der Regierung. Dr. Moldenhauer begründete und erläuterte zunächst die inzwischen im Reichsrat angenommenen Gesetzentwürfe und erklärte, das Finanzprogramm habe zwei grosse Aufgaben zu erfüllen: die Sanierung der Finanzen und die Entlastung der Wirtschaft. Die vordringlichste Frage sei die Sanierung der Finanzen, nicht nur des Reiches, sondern auch der Länder und Gemeinden. Eine Entlastung der Wirtschaft setze eine Einschränkung der Ausgaben voraus. Aber der Weg von dieser Binsenwahrheit zur Tat sei sehr schwer. Wer einmal ernst an die Frage der Ausgaben senkung und der Aufstellung eines Sparprogramms herangehe, werde sich überzeugen, dass nicht eine schematische Kürzung der Ausgaben vorgenommen werden könne. Er bereite im Auftrage der Reichsregierung ein Ausgabensenkungsgesetz vor, das auf allen Gebieten, wo Ersparnisse möglich erschienen, solche vorsehen solle. Aber ein Versuch, die Ausgaben zu senken, könne sich nicht allein auf das Reich beschränken. Es sei ausgeschlossen, dass jetzt nach Annahme des Youngplanes jede Gemeinde für sich an den Geldmarkt des In- und

Ausländer herangehe. Deshalb habe er eine Vorlage über die Kreditgewährung der Reichsregierung unterbreitet.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung führte Moldenhauer aus, dass es angesichts der zwei Millionen Unterstützungsempfänger unmöglich erscheine, die Vorschüsse des Reiches, die in den letzten Jahren geleistet worden seien, einzustellen. Die Versicherung könne nur auf den normalen Fall zugeschnitten sein. In Zeiten von Wirtschaftskrisen müsse die Allgemeinheit einen Teil der Lasten übernehmen. Notwendig sei allerdings ein organisatorischer Umbau, um Ersparnisse zu erzielen und Missbräuchen entgegenzuwirken. Ein solcher Umbau lasse sich aber nicht in wenigen Wochen vollziehen. Aufgabe der Reform könne es nicht sein, denjenigen, die unverschuldet arbeitslos geworden sind, die Hilfe zu versagen, sondern die Versicherung so zu gestalten, dass sie mit weniger grossem Aufwand eine möglichst gute Wirkung erziele. Aus diesen Darlegungen ergebe sich, wie eng begrenzt für den Augenblick die Möglichkeiten der Ausgabensenkung seien, wenn man einmal vom populären Schlagwort zur praktischen Durchführung schreite. Die wichtigste Aufgabe liege erst in der Zukunft. Grössere Ersparnisse könnten nicht durch plötzliche Massnahmen gemacht werden, sondern nur eine auf mehrere Jahre sich erstreckende planmässige Gesetzgebung, die sich wiederum auch nicht von heute auf morgen schaffen lasse, zumal sie auf schwere Widerstände bei den verschiedenen Gruppen stossen werde.

Zum Schluss erörterte der Reichsfinanzminister die Frage, was sein Programm der Wirtschaft bringe und sagte dazu: Die Sanierung der Kasse werde schon eine Entlastung der Wirtschaft bedeuten. Werde der Kredit des Reiches wiederhergestellt, so wirke sich das auch auf die Wirtschaft im ganzen aus, deren Kredit sich dann gleichfalls hebe. Drücke die öffentliche Hand an den Ultimatagen nicht mehr in so starkem Masse auf den Geldmarkt, so werde dieser für die Wirtschaft entlastet und die Banken würden schon vorher in die Lage versetzt, der Wirtschaft in grösserem Umfange Kredite zu gewähren. Eine Steuersenkung in diesem Jahre sei durch die Notwendigkeit der Kassensanierung unmöglich gemacht, aber im nächsten Jahre müsse eine Steuersenkung folgen, die in erster Linie die Einkommensteuer und die Realsteuer treffen müsse. Das Programm der Reichsregierung lege ein Fundament für die Neugestaltung der Finanzen, auf dem dann weitergebaut werden müsse.

SPD. Paris, 15. März (Eig. Drahtb.)

Wie der Pariser Korrespondent des "Soz. Pressedienst" aus den Kreisen der sozialistischen Kammerfraktion erfährt, beruht die am Sonnabend früh vom "Populaire" veröffentlichte Information, nach der im Ministerrat einige reaktionäre Minister eine Verschiebung der Räumung des Rheinlandes verlangt hätten, und Tardieu sich nicht abgeneigt gezeigt habe, eine Verschiebung bis zum Jahresende gutzuheissen, auf einem Missverständnis. Es ist richtig, dass gewisse Kreise bis heute noch ihr Kesseltreiben gegen die Haager Abmachungen und die sofortige Räumung fortsetzen, doch ist Tardieu durch die Haager Verträge, die seine Unterschrift tragen, und durch gewisse realpolitische Erwägungen derartig gebunden, dass es ihm, selbst wenn er wollte, vollkommen unmöglich wäre, dem Drang der Reaktion nachzugeben. Besagt doch der am 30. August 1929 von den Vertretern der Gläubigermächte an Stresemann gerichtete Brief ausdrücklich, dass die "Räumung der dritten Zone durch die französischen Truppen unmittelbar nach der Ratifizierung des Young-Planes durch das deutsche und das französische Parlament und der Inkraftsetzung des Youngplanes zu beginnen habe", ohne Unterbrechung und so rasch als möglich fortzusetzen sei, und bis spätestens am 30. Juni 1930 abgeschlossen werden müsse. Überdies weiss Tardieu sehr genau, dass ihn bei der Ratifizierung in der Kammer ein guter Teil seiner Rechtsmajorität im Stiche lassen wird. Er muss sich daher wohlweislich hüten, durch Befolgung der von der Reaktion gewünschten Verschleppungstaktik die Linke auch noch aussenpolitisch zu verärgern.

SPD. Genf, 15. März (Eig. Drahtb.)

Der durch den Redaktionsausschuss abgeänderte französische Entwurf über eine Verlängerung der Dauer der Handelsverträge bis zum 1. April 1931 wurde am Sonnabend nachmittag im ersten Ausschuss in seinen einzelnen Artikeln behandelt

Auf die Frage, welche Staaten bereit seien dieses Abkommen einzugehen, erklärten sich 17 Länder dafür, darunter sämtliche wirtschaftlich wichtigen Länder Europas. Sieben Staaten waren abwesend oder enthielten sich der Stimme. Dieses günstige Ergebnis wurde getrübt durch eine österreichische Erklärung, dass Österreich das Abkommen ablehnen müsse, weil es im Begriffe sei seine Handelsvertragspolitik zu revidieren. Der französische Handelsminister machte darauf aufmerksam, dass Österreichs Absage nach den Erklärungen der betreffenden Länder, die der Schweiz, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens mit sich ziehen und damit das Abkommen unmöglich machen würden. Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs wollen unter Teilnahme des Präsidenten der Konferenz in Privatverhandlungen versuchen, Österreich zum Einlenken zu bewegen.

Man gelangte in der Artikelberatung bis zum Artikel sechs, der eine Ausnahmenliste vorsieht. Diesen Ausnahmen ist jedoch ein Teil ihrer zerstörenden Wirkung dadurch genommen, dass jeder Teilnehmer des Abkommens beim Eintritt einer Zollerhöhung für eine aufgenommene Ware das Recht hat, das Abkommen mit einmonatiger Frist zu kündigen, sodass in der Praxis sich jeder Staat sehr überlegen wird, ob er von dem Recht der Zollerhöhung Gebrauch machen will. Frankreich wies darauf hin, dass es ein Gesetz habe, das die Regierung ermächtigt für Agrarprodukte in Fällen der Not Zollerhöhungen vorzunehmen und es infolgedessen die Agrarprodukte auf die Ausnahmenliste setzen müsse. Deutschland hat daraufhin dieselben Produkte wie Frankreich als Ausnahmen angemeldet. Die Ausnahmenliste wird erst im Laufe der nächsten Tage fertiggestellt werden.

Das Programm für die späteren Verhandlungen wurde am Sonnabend vom Ausschuss erledigt, dürfte aber bei der endgültigen Lösung durch die Vollkonferenz noch einige Änderungen erfahren. Die Stimmung der Konferenz ist optimistisch. Man hofft, den österreichischen Zwischenfall zu überwinden und ist allgemein der Meinung, dass die Konferenz trotz mancher kautschukartiger Bestimmungen in der Praxis wirklich dazu führen wird, dass bis zum 1. April 1931 eine Ruhepause in der Zoll- und Handelsvertragspolitik stattfindet.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der deutsche Herr der Riffkabylen.

Die Abenteuer des Fremdenlegionär Klems - Ein treuer Helfer Abd el Krims -
Die Passagiere des verhassten Schiffes.

SPD. Zweimal im Jahr bringt der französische Dampfer "La Martinière" die zur Zwangsarbeit Verurteilten, die "Bagnards", in die Strafkolonien, einmal jährlich verlässt derselbe verhasste Dampfer mit einer gleichen Menschenfracht den Hafen von Algier.

Vor einigen Tagen befand sich ein besonderer Passagier unter den Hunderten von Abenteurern, die, an Ketten gefesselt, durch die Strassen der algerischen Hauptstadt auf die "Martinière" gebracht wurden: der einstige deutsche Fremdenlegionär Peter Klems, der "Ludendorff der Riffkabylen", dessen tragisches Schicksal vor Jahren noch die ganze Welt beschäftigte, nun aber vergessen zu sein scheint. Die Erlebnisse dieses Mannes sind noch abenteuerlicher, als die aller anderen Fremdenlegionäre.

Peter Klems flüchtete nach dem Kriege aus Deutschland und liess sich von dem zweiten Fremdenlegionärs-Regiment anwerben. Da er intelligent und kräftig war und die französische Sprache bald erlernte, rückte er schnell zum Korporal auf. Wegen einer belanglosen Uebertretung wurde er stundenlang in der glühenden Sonnenhitze festgebunden und mit Wasser überschüttet. Diese barbarische Strafe veranlasste Klems zur Desertion; am 22. August 1922 verliess er heimlich seinen Truppenteil und flüchtete sich in das feindliche Lager zu Abd el Krim.

Das erstaunliche Sprachtalent, das Klems besass, half ihm auch jetzt weiter. In wenigen Monaten lernte er alle Kabylen-Dialekte. Er wurde in den Stamm der Beni-Uriagel aufgenommen, heiratete eine Eingeborene und machte schliesslich die Bekanntschaft mit dem Führer der Aufständischen selbst. Abd el Krim, der Herrscher der Kabylen, verlieh Peter Klems den Titel eines Kaid und im Volksmunde hiess er von nun an "El Hadj Aliman", der deutsche Herr. Abd el Krims Erwartungen sollten nicht enttäuscht werden. Mit dem Erscheinen des Fremdenlegionärs nahm der Kabylenaufstand erst seine für die Kolonialmächte gefährlichen Ausmasse an. Der "Kaid von Marokko" avancierte zum Generalstabschef der gesamten Riffstreitkräfte und organisierte nach europäischem Vorbild die Verteidigung der Kabylen. Klems schuf besonders die sogenannten "Harkas", die Stosstruppen, die sich durch Ueberfälle auf spanische und französische Truppenteile Waffen zu verschaffen wussten. Er zauberte sogar Artillerie und Munition aller Art herbei und machte die Aufständischen mit der Handhabung von Maschinengewehren und Kanonen vertraut.

Das Wirken des Fremdenlegionärs Klems hat, wie die Heeresleitungen der Kolonialmächte zugegeben haben, in ausschlaggebendem Masse zur Verlängerung des Widerstandes Abd el Krims beigetragen. Verständlich ist es darum, dass man nach der Gefangennahme des Kabylenherrschers seines "Ludendorff" sobald als möglich habhaft zu werden suchte. Peter Klems war in die Berge geflüchtet und konnte lange Zeit hindurch trotz der genauesten Nachforschungen nicht aufgefunden werden. Aber rein zufällig kam doch eine Kompagnie eines Fremdenlegionärs-Regimentes in eine abgelegene Schlucht des Riffgebirges, in der "El Hadj Aliman" sich versteckt hatte. Schwer verwundet wurde Klems gefangen genommen, vor ein Kriegsgericht gestellt und am 10. Februar 1927 wegen Desertion vor dem Feinde zum Tode verurteilt.

Durch Eingreifen der deutschen Regierung wurde das Todesurteil später in

eins auf lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Lange Zeit lag Klems immer noch erkrankt im berühmtesten "Maison carrée", dem Gefängnis von Algier, bis er nunmehr endlich transportfähig geworden ist. Man spricht jetzt in Frankreich von einer eventuellen Begnadigung Abd el Krim, der auf der Insel Réunion in der Verbannung lebt. Ob dann auch für Peter Klems die Stunde der Befreiung schlägt, wird die Zukunft lehren.

+ + +
Wer erfand den Stahlhelm? Das Schweizer Bundesgericht musste sich in diesen Tagen mit einer Klage der Bremer Torf-Werke gegen den schweizerischen Staat befassen. Nach dem Krieg führte der schweizerische Staat für seine Miliz einen Stahlhelm ein. Die deutsche Firma behauptete nun, dieser Stahlhelm sei auf Grund von deutschen Erfindungen fabriziert, deren Patentrecht sie erworben habe. Es handelt sich vor allem um das Verfahren der Herstellung des Helms aus einem einzigen Stück gezogenen Stahls. Als Schadenersatz forderte die Bremer Firma nicht weniger als 1,2 Millionen Mark. Das Bundesgericht wies die deutsche Klage ab und verurteilte die Bremer Firma zur Tragung der Prozesskosten in Höhe von 8000 Franken.

+ + +
61 000 Tonnen-Dampfer der Cunard-Line. Die Cunard-Line lässt für den Transatlantik-Verkehr einen 61 000 Tonnen-Dampfer bauen, dessen Antrieb durch Turbinen von zwei Hochdruckkesseln mit einer Leistung von 300 000 PS erfolgen und dessen Geschwindigkeit 28 bis 30 Seemeilen in der Stunde betragen soll. Das Schiff wird 330 Meter lang und 33 Meter breit werden und ausser der Besatzung 4700 Personen befördern können. Die Baudauer wird mit drei Jahren, die Baukostensumme mit 100 bis 120 Millionen Mark berechnet.

+ + +
Absprung aus 6000 Meter Höhe? Der Flugzeugführer Resch aus Würzburg hat sich mit dem Kasseler Kunstflieger Gerhard Fiesler wegen eines Angriffs auf den Weltrekord im Fallschirmabsprung, der mit 4300 Meter gehalten wird, in Verbindung gesetzt. Resch will aus 6000 Meter Höhe abspringen. Der Versuch, den Weltrekord zu brechen, verlangt wolkenlosen Himmel und windstilles Wetter. Schon haben sich zahlreiche Sportsleute und Piloten Europas als Zuschauer angemeldet.

+ + +
Scherl betrog - aber § 51. In dem vor dem Berliner Schöffengericht verhandelten Betrugsprozess gegen Bruno Scherl wurde der Angeklagte unter Zubilligung des Paragraphen 51 freigesprochen. Der mitangeklagte frühere Rechtsanwalt Wetzel ist wegen Betruges zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Aus dem gleichen Grund erhielt der Kaufmann Bruch drei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, dass die Nachlassmasse beim Tode von August Scherl, dem Vater Brunos, nach Ansicht des Gerichts einen Aktivsaldo von sechs Millionen Papiermark aufgewiesen hätte, während Bruno Scherl in seiner Rechnung den ungefähr achtfachen Aktivsaldo herausgerechnet haben will. Mindestens 30 Millionen seien nach Ueberzeugung des Gerichts von ihm wider besseres Wissen eingesetzt worden. Infolge der Inflation wäre ohne Schuld der Nachlasspfleger von dem Aktivsaldo nichts mehr übrig geblieben, und Bruno Scherl hätte im Jahre 1927 tatsächlich keinerlei Ansprüche mehr gehabt, aber trotzdem in Gemeinschaft mit Bruch noch grosse Geschäfte gemacht. Hierbei gab der damals noch tätige Rechtsanwalt Dr. Wetzel im Hinblick auf die angeblich glänzenden Kreditunterlagen der Erbschaft hervorragende Auskünfte, so in schwerster Weise das in einen Anwalt gesetzte Vertrauen enttäuschend.

+ + +
Neubeginn der Schülerfreitodserie? Es sieht ganz so aus, als ob die Serie der Schülerelbstmorde, die im vergangenen Jahre kurz vor Ostern einsetzte, in diesem Jahre ihre Fortsetzung finden wird. Zurzeit sind an den höheren Lehranstalten die Abiturientenprüfungen im Gange. Schon kommt die erste Meldung eines Freitodes aus Eberswalde. Unter vier Augen hatte der Direktor Dr. Lucas

der dortigen Oberrealschule dem 19 jährigen Oberprimaner Martin Schäfer aus Finow mitgeteilt, dass er laut Beschluss der Prüfungskommission das Examen nicht bestanden habe. Wenige Minuten später hat sich Schäfer vor dem Eingang zur Aula erhängt. Als man ihn fand, war der Tod bereits eingetreten.

+ + +
Ausgehobener Spielklub. Der Berliner Kriminalpolizei ist es in der Nacht zum Sonnabend gelungen, den Hauptunternehmer einer Spielkolonne und eine Anzahl wilder Spieler in einem Lokal in der Stralauerstrasse zu überraschen und festzunehmen. Die wilde Spieltruppe hat nach der Methode gearbeitet, dass sie sich als einwandfreien Verein ausgab, sogar eigenes Bedienungspersonal mitbrachte, aber trotzdem in manchen Nächten zweimal das Quartier wechselte. 300 Meter von den jeweiligen Lokalen entfernt wachte die Kette der Spanner, deren Aufgabe es war, das Auftauchen von Polizei alarmschnell zu signalisieren. Trotzdem brachte es das Spielklubsonderdezernat der Berliner Polizei fertig, in das Hinterzimmer des spielbelebten Lokals einzudringen und 20 Personen, die sich eifrig mit "Meine Tante, Deine Tante" unterhielten, zu stören. Sechs der Spielteilnehmer waren unerlaubt in Deutschland weilende Ausländer, die übrigen, bis auf einen wegen Diebstahls polizeilich gesuchten, harmlose Kleinbürger, die offenbar übers Ohr gehauen werden sollten.

+ + +
Für 20 Millionen Flugzeuge. Der Schweizer Nationalrat nahm mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten eine Vorlage des Bundesrats an, die eine aussergewöhnliche Erhöhung des Militärbudgets um 20 Millionen Franken zur Anschaffung von neuen Jagd- und Beobachtungsflugzeugen vorsieht.

+ + +
Das Breslauer Fälscherurteil. Gegen die Fahrkartenfälscher von Breslau, die bereits benutzte Eisenbahnfahrkarten auf "neu" gemacht und als nicht gebraucht bei der Eisenbahn reklamiert haben, um den Gegenwert in zahlreichen Fällen wieder rückvergütet zu erhalten, ist folgendes Urteil gefällt worden: Schernik, der Hauptangeklagte, wurde wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung und wegen Betruges zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, der 25 jährige Student Siebs aus Breslau zu sechs Monaten Gefängnis, Mitangeklagter Nowack und Hiller zu je vier Monaten Gefängnis, die frühere Krankenschwester Martha Wendt zu drei Monaten Gefängnis.

+ + +
Arzt und Schwester als Papageienopfer. In Potsdam sind fünf neue Fälle von Papageienkrankheiten festgestellt worden, bei denen es sich offenbar um Psittakosis handelt. Zwei der Erkrankten, Sanitätsrat Dr. Steinhoff und die Krankenschwester Wally von Schumacher, die Papageienkranke behandelten und pflegten, sind mittlerweile an dieser Krankheit gestorben. Sanitätsrat Steinhoff war zu einer grippekranken Potsdamer Familie gerufen worden, die einen frisch importierten Papagei besass. Der Zustand der Patienten besserte sich, der Arzt, der ihnen bereits annähernd die Heilung gebracht hatte, verstarb, desgleichen die 51 jährige Krankenschwester, die Steinhoff im Potsdamer Augusta-Viktoria Krankenhaus gepflegt hatte. Mögliche Zweifel daran, dass Krankheit und Tod der Schwester mit dem tragischen Ende des Arztes in ursächlichem Zusammenhang stehen, sind durch die neuesten Forschungen in London hinfällig, wonach Uebertragung der Papageienkrankheit auch von Mensch zu Mensch erfolgen kann.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 15. März (Eig. Bericht)

Dritte Beratung des Republikenschutzgesetzes im Reichstags. Man hätte annehmen sollen, dass die Opposition an diesem Sonnabend alle ihre Kräfte mobilisieren würde, um das angebliche Schandgesetz zu Fall zu bringen. Keine Spur davon. Gähnende Leere auf den Bänken der Rechten und der äussersten Linken. Vollkommene Interesselosigkeit an ihren Reden.

Der deutschnationale Sprecher Dr. Everling hatte ganze 16 Fraktionsmitglieder als Zuhörer. Kein Zuruf, kein Zeichen der Zustimmung aus ihren Reihen. Gleichgültig liessen sie Everlings Rede über sich ergehen. Er glaubte nicht an das, was er sagte, und die kläglichen Reste seiner Fraktion glaubten es noch weniger. Die grosse Mehrzahl war längst zum Wochenende gefahren und liess Republikenschutz eben Republikenschutz sein. Noch einmal jammerte Everling, wenigstens die Strafen im Gesetzentwurf herabzusetzen. Er beschwor beinahe weinerlich den Minister Severing. Der aber antwortete nicht. Nur einmal wurde es während des Everlingschen Trauergesanges lebendig, als der kümmerliche Mensch sich dem Hause als das Idealbild eines "deutschen Mannes" vorstellte. Da lachte man fröhlich und erinnerte sich daran, dass dieses Männlein schon einmal die Deutschnationalen als die letzten Zeugen eines "königlichen Volkes" angesprochen hatte.

Nach Everling kam Herr Stöhr von den Nationalsozialisten zu Wort. Er vollbrachte etwas, das an ein Wunder grenzt. Er hielt nämlich eine nationalsozialistische Rede ohne Ordnungsruf, ja sogar ohne Mahnung des Präsidenten. Auch der Prophet des Dritten Reichs war in friedlicher Wochenendstimmung. Er anerkannte sogar, dass es auch in der Sozialdemokratie anständige Menschen mit gutem Willen gibt. Wenn er nach dem Inkrafttreten des Gesetzes im Lande so hübsch anständig redet wie heute im Reichstage und die andern Nationalsozialisten ihm folgen, wird das Republikenschutzgesetz nicht angewendet zu werden brauchen. Die Kommunisten liessen ihre vollendete Unkenntnis der Geschichte durch eine Erklärung beweisen, die das Gesetz mit dem Bismarckschen Sozialistengesetz verglich. Schon ein Hinweis erledigt diesen Unsinn. Das Sozialistengesetz verbot automatisch alle sozialistischen Organisationen, während die Kommunisten sich munter weiter tummeln dürfen, und das Sozialistengesetz zerstörte alle sozialistischen Parteigeschäfte, während die Kommunisten ohne jeden gesetzlichen Zwang nur aus dem schönsten Bankrott heraus freihändig ihre Parteidrückereien verramschen mit der echt weltrevolutionären Begründung, dass Privatkapitalisten die Druckereiarbeiter besser ausbeuten könnten.

Am Dienstag werden die Abstimmungen vorgenommen. Das Schutzgesetz für die Republik wird eine grosse Mehrheit finden. Nächste Sitzung Montag 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die dritte Beratung des Ministergesetzes.

Deutscher Reichstag

143. Sitzung vom 15. März 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Republikenschutzgesetzes.

Abg. Geschke (Komm) führt aus, das vorliegende Gesetz sei um nichts besser als das alte Sozialistengesetz.

Abg. Dr. Everling (Dnat) wirft der Linken vor, dass sie aus Hass gegen eine Vergangenheit handle, die grösser, tüchtiger und sauberer war als die Gegenwart. Bei den andern sei Koalitionsgebundenheit und Mangel an Entschluss für ihre Haltung massgebend. Die aufwachsende Jugend habe für diese kleinlichen Methoden kein Verständnis. Durch solche Gesetze werde die Opposition, wenn es noch keine gab, geschaffen und zusammengehämmert. Der Redner verlangt die Schaffung klarer Rechtsbegriffe und die Herabsetzung der Strafmasse. Bei dem vorliegenden Gesetz handle es sich um die unehrliche Gesetzgebung eines unehrlichen Systems.

Abg. Stöhr (Nat. Soz) erklärt, das ganze Gesetzgebungswerk leide an innerer Unwahrhaftigkeit. Weder der Reichsinnenminister noch der Reichsjustizminister hätten den Wahrheitsbeweis erbringen können dafür, dass es Kreise gibt, die die Republik stürzen wollen. Für die Führerschaft der Nationalsozialistischen Partei kann ich erklären, dass wir in der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit eine gesunde Reaktion gegen den menschenvernichtenden Kapitalismus sahen und dass wir auch heute keineswegs Hass gegen die Republik empfinden, sondern nur gegen die Auswüchse des Systems. Bei den Mitteilungen über nationalsozialistische Zersetzungsversuche in der Reichswehr handelt es sich um die Arbeit eines gewöhnlichen Lockspitzels. Wir mussten schon früher wegen ähnlicher Behauptungen den Reichsinnenminister der Lüge und Verleumdung beschuldigen (Präs. Löbe rügt diese Ausdrücke). Wir wundern uns, dass ein Mann von der Vergangenheit und der politischen Erfahrung des Ministers Severing glauben kann, dass die Republik durch solche Polizeigesetze geschützt werden kann. Erfüllen Sie diesen Staat mit vernünftigem Inhalt, dann werden seine wertvollen Einrichtungen am besten geschützt sein.

Abg. Stöcker (Komm) verliest eine längere Erklärung der Kommunistischen Fraktion, in der das Republikenschutzgesetz als eine Schutzwaffe für das internationale Finanzkapital und für die imperialistischen Mächte bezeichnet wird. Die Kommunisten würden diesem Ausnahmegesetz zum Trotz die deutsche Sowjet-Republik erkämpfen.

Damit schliesst die Aussprache. Die Abstimmungen werden auf Dienstag vertagt. - Es folgt die zweite Beratung einer Novelle zum Scheck- und Wechselsteuergesetz, mit der die missbräuchliche Vordatierung von Schecks verhindert werden soll. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Ohne Debatte wird auch in zweiter und dritter Beratung ein Gesetz über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung des Konkurses oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens angenommen. Damit werden im wesentlichen die Rechtsverhältnisse der Vorkriegszeit beim Konkursverfahren wieder hergestellt.

Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen die 3. Beratung des Minister-Gesetzes.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 15. März (Eig. Ber.)

Im Landtag stand am Sonnabend zunächst ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer wegen der Misstände in Fürsorgeerziehungsanstalten auf der Tagesordnung.

Abg. Deter (Komm.) trug zur Begründung besonders den Fall des ums Leben gekommenen Hans Ledebour in der Anstalt Scheuen ausführlich vor und richtete heftige Angriffe gegen den Direktor Straube. Darüber hinaus griff er den Direktor vom Lindenhof, Krebs, die Stadträtin Weyl und den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer heftig an.

Abg. Kaspar (Komm.) beantragte Herbeirufung des Wohlfahrtsministers. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Abg. Frau Wachenheim (SOZ):

Wir haben unsere Kritik an der gegenwärtigen Fürsorgeerziehung unlängst bei der Haushaltsberatung vorgetragen und haben nicht die Absicht, sie heute zu wiederholen. Wir haben grundlegende Veränderungen gefordert, und der Wohlfahrtsminister hat uns zugesagt, unsere Forderungen eingehend zu prüfen und ihnen entgegenzukommen. Schon deshalb haben wir keine Veranlassung, dem Misstrauensvotum zuzustimmen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Vorfälle in Scheuen bedauern wir auf das tiefste. Wir haben den Eindruck, dass Direktor Straube, der als Leiter des Erholungsheims durchaus bewährt war, sich den Aufgaben der Fürsorgeerziehung nicht gewachsen gezeigt hat. Ein grosser Teil der Schwierigkeiten in der Fürsorgeerziehung ist aber auch auf die kommunistische Zellenbildung und Propaganda in den Fürsorgeerziehungsanstalten zurückzuführen. Die kommunistische Zeitschrift "Der Anstaltszögling" ist nichts als eine fortgesetzte Aufhetzung zur Revolte und Gewalttätigkeit. (Grosser Lärm bei der KPD) Wie die Kommunisten jeden Tag Jugendliche auf die Strasse hetzen und dadurch die politische Freiheit gefährden, so ist ihr verantwortungsloses Treiben mit den Fürsorgezöglingen die grösste Gefahr für die Reform der Anstalten und erschweren jeden Fortschritt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Wessel (Z.): Auch wir wissen, dass die Revolten in den Erziehungsheimen jetzt planmässig herbeigeführt werden. Es fällt den Kommunisten nicht schwer, mit viel Schneid und wenig Verantwortungsgefühl erziehungsbedürftigen Jugendlichen zu imponieren. Aber wir stellen wenigstens mit Genugtuung fest, dass es hauptsächlich die Nichtkonfessionellen sind, die von dieser Propaganda erfasst werden. (Sehr gut! im Zentrum).

Ein sozialdemokratischer Schlussantrag wird angenommen. (Lärm bei den Komm.) Nach einem Schlusswort des Abg. Deter wird die Abstimmung auf Mittwoch vertagt.

Es folgt die zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung, Abteilung Gewerbliches Schulwesen.

Handelsminister Dr. Schreiber:

Die Diplom-Handelslehrer sind schon immer an der Universität ausgebildet worden. Die Ausbildung der Gewerbelehrerinnen ist bisher auf 13 Seminaren erfolgt, die Ausbildung der Gewerbelehrer auf 3 Pädagogischen Instituten, an der Handelshochschule Berlin und den Universitäten Frankfurt a.M. und Köln. Diese Institute haben keinen eigenen Lehrkörper, trotz ihrer etwa 1000 Studierenden, und keinen gleichmässig geregelten Ausbildungsgang. Allein in Berlin sind 62 Lehrkräfte am Institut nebenamtlich beschäftigt. Damit entfällt natürlich jede Möglichkeit, dass Lehrer und Studierende sich nahetreten. Die Lehrkräfte sind zusammengeborgt von allen möglichen wissenschaftlichen Insti-

tuten und aus der freien Wirtschaft. Die Mittel für ihre Bezahlung werden aus Fonds genommen. So konnte es nicht weitergehen. Die Reform war längst fällig. Wir haben uns nunmehr entschlossen, vier Berufspädagogische Institute in Berlin, Köln, Frankfurt a.M. und Königsberg zu errichten. Die Zahl entspricht dem künftigen Bedarf. Wir haben darauf verzichtet, als Voraussetzung für den Besuch dieser Institute das Abiturientenexamen zu verlangen. Wir wollen bei der Vorbildung und Ausbildung der Gewerbelehrer lediglich von dem Bedürfnis der Berufsschule ausgehen. Die Berufsschule war früher als Fortbildungsschule einfach eine Fortsetzung der Volksschule, die Lehrkräfte waren Volksschullehrer. Heute ist das anders geworden. Die Berufsschule soll heute nicht Lücken der Allgemeinbildung ausfüllen, sondern lebens- und berufsnahe sein und durch diese Verbindung mit dem Beruf die Berufsschüler von vornherein für sich interessieren. Darum müssen wir die Lehrkräfte der Berufsschule künftig aus der Praxis holen. (Lebhafter Beifall links) In die Berufspädagogischen Institute gehören Absolventen der höheren Fachschulen und Praktiker, die sich selbst irgendwie weitergebildet haben. Diesen Kreisen mit Volksschulbildung wollen wir im Berufslehrerstand einen breiten Weg zum Aufstieg geben. (Bravo! links) Lebenserfahrung und fachliches Können sollen für den Besuch der Institute die massgebende Voraussetzung sein. Daneben wird eine Allgemeinbildung verlangt, die anders als die des Abiturienten ist aber deshalb nicht geringwertiger. Die Zusammenarbeit der Berufspädagogischen Institute mit den Hochschulen ist bereits überliefert; sie soll gewahrt bleiben, schon weil durch diese Institute das Bildungsmonopol durchbrochen und Volksschülern ein Zugang zur Universität auch ohne Abiturium geöffnet wird. (Erneute lebhafteste Zustimmung links). Der Berufsschullehrer steht vor besonders schweren Aufgaben; sein Schülermaterial sind Jugendliche im Entwicklungsalter und berufstätige Arbeiter. Darum muss er die denkbar beste Vorbildung haben. Die Gewerbelehrerinnenseminare müssen fallen; denn die Ausbildung der Lehrerinnen muss denen der Lehrer gleichartig sein. Um die Laufbahn des Berufsschullehrers auch den völlig Besitzlosen freizumachen, haben wir für sie allgemeine Schuldgeldfreiheit und 150 Mark Stipendien pro Kopf und Jahr des Studierenden im preussischen Kabinett beschlossen. Wir sind überzeugt, dass unser Vorgehen von allen geistig freien Elementen als ein Fortschritt begrüsst werden wird. (Lebhafter Beifall links)

Abg. Frau Hanna (Soz):

Die Reform der Gewerbelehrerausbildung, deren Grundzüge der Minister hier vorgetragen hat, ist von der Mehrheit des Hauptausschusses freudig begrüsst worden. Sie schlägt eine Bresche in das bisherige Berechtigungswesen und gibt tüchtigen Menschen aus der Arbeiterschaft mit Volksschulbildung die Möglichkeit ihre Kräfte und Fähigkeiten zu entwickeln und in die sogenannten höheren Berufe aufzusteigen. Die Angliederung der Berufspädagogischen Institute an die Universitäten schafft einen neuen Weg, auf dem Menschen ohne Abitur als vollwertige Studenten zur Universität gelangen können. Auch wer nicht die höheren Fachschulen besucht hat, kann sich durch eine Sonderprüfung, die mit der Reifeprüfung der höheren Schulen nichts gemein hat, den Zugang zum Berufspädagogischen Institut erkämpfen. Für diese Reform hat die Arbeiterschaft seit vielen Jahren gekämpft, an ihrer Spitze der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der dabei sowohl die Interessen der Berufsschule selbst wie die Aufstiegsmöglichkeit befähigter Arbeiter im Auge gehabt hat. Bisher waren diese Wege den Arbeitern durch das Berechtigungswesen verschlossen. Aber das strengste Festhalten am Berechtigungswesen hat nicht verhindern können, dass die bisherige Gewerbelehrer-Ausbildung den Anforderungen der Berufsschule nicht gerecht geworden ist. Die heutige Berufsschule ist etwas ganz anderes, als die Fortbildungsschule der Vorkriegszeit, die im wesentlichen nur den Lehrgang der Volksschule wiederholte und ergänzte. Heute hält man für alle Jugendlichen Berufskunde und Wirtschaftskunde in erster Reihe für notwendig. Nur durch einen darauf abge-

stellten Unterricht kann die Berufsschule den jugendlichen Arbeitern in ihrem verständlichen Freiheitsdrang nicht als lästiger Zwang, sondern als willkommene Gelegenheit zur Weiterbildung erscheinen. Will das die Berufsschule, so braucht sie eine besonders geeignete und vorgebildete Lehrerschaft. Nicht wie in früherer Zeit Volksschullehrer, sondern Kräfte, die mit dem praktischen Leben vertraut sind und sich aus eigener Betriebskenntnis in Fühlen und Denken junger Arbeiter hineinversetzen können. Natürlich gibt es auch Volksschullehrer, die das können; aber nur die, die es können, eignen sich zum Berufsschullehrer. Bisher bildeten die Männer und Frauen aus der praktischen Arbeit unter den Berufsschullehrern eine verschwindende Minderheit; in Zukunft sollen sie die grosse Masse der Berufsschullehrerschaft hervorbringen. Die grössten Widerstände hat dieser Reform das Kultusministerium entgegengesetzt. (Hört! Hört! bei den Soz.) Glücklicherweise hat es in jüngster Zeit seinen alten Standpunkt aufgegeben und sogar konzedierte, dass auch Menschen ohne Abiturium Vollstudenten werden dürfen. Natürlich verlangen wir diese Zulassung zum Studium für die Besucher der Berufspädagogischen Seminare nur für diejenigen Wissensgebiete, die mit der Gewerbeschullehrer-Laufbahn in Verbindung stehen. Wir sind überzeugt, dass die strebsamen und tüchtigen Menschen aus der Volksschule, die den schwierigen Weg der Berufsausbildung zum Gewerbeschullehrer gehen, das Niveau der Universität nicht senken werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Soweit man, wie z.B. früher in Thüringen, Wege eingeschlagen hat, die in der Richtung unserer jetzigen Reform liegen, hat man nach dem Urteil der Fachreferenten und Fachzeitungen die denkbar besten Erfahrungen gemacht. Die in die Berufspädagogischen Seminare aufgenommenen Studierenden haben sich als innerlich viel reicher und reifer erwiesen, als der studentische Durchschnitt und haben sich den Kreisen, aus denen sie entstammten, nicht entfremdet. (Hört! Hört! bei den Soz.) Auch die Privatindustrie, voran Zeiss in Jena, hat sich diese tüchtigen Menschen dienstbar gemacht.

Bedauerlich finden wir, dass das Kabinett die Ausbildungszeit auf vier Semester statt auf sechs Semester festgesetzt hat. Gewiss erhöht ein längeres Studium die Schwierigkeiten namentlich materieller Art. Aber wir brauchen für die Berufsschule besonders tüchtige Kräfte, und da kann man mit vier Semestern nicht auskommen. Köln und Frankfurt haben schon bisher sechs Semester gefordert. Wir hoffen, dass sich eine Mehrheit für unseren Antrag finden wird, abweichend von der Regierungsvorlage die Ausbildungszeit zu verlängern. Wir bitten ferner, bei den Berufspädagogischen Akademien Beiräte aus den Reihen der Arbeitnehmer zu errichten, weil auch die Lehrpläne sehr reformbedürftig sind. Eine Reihe von Fragen, z.B. die Berufsgefahren, sind fast garnicht berücksichtigt. Wir bitten ferner den Handelsminister, auf die Gemeinden im Sinne des Ausbaues der Berufsschule einzuwirken, insbesondere die Vermehrung der Wahlkurse anzuregen. (Sehr gut! links)

Wie das Berufsausbildungsgesetz endgültig aussehen wird, das jetzt dem Reichsta: vorliegt, ist noch unbekannt. Jedenfalls wird es eine starke Vermehrung der Zahl der Berufsschullehrer bringen, weil bisher nur etwa ein Fünftel der ungelerten weiblichen Arbeiter die Berufsschule absolviert hat. Immer mehr Frauen werden aber in das Berufsleben gezwungen, nicht nur vorübergehend für kurze Zeit, sondern vielfach für ihr ganzes Leben. Umsomehr brauchen auch die weiblichen Arbeitskräfte fachliches und allgemein wirtschaftliches Wissen, und die Ausbildung der Gewerbelehrerinnen muss deshalb grundsätzlich die gleiche sein, wie die der Gewerbelehrer. Deshalb darf die Reform vor den Gewerbelehrerinnenseminaren nicht halt machen.

Die organisierte Arbeiterschaft begrüsst also mit Genugtuung, dass die Ausbildung der Gewerbelehrer und Gewerbelehrerinnen nicht länger an das Reichszugnis gebunden ist. Sie brüsst, dass die Ausgaben für die Gewerbelehrer-

bildung etatisiert werden. Sie heisst die Stipendien für befähigte Minderbe= mittelte willkommen. Wir sind überzeugt, dass die Reformabsichten des Ministe= riums nicht reibungslos durchgesetzt werden; aber ich darf für die Sozialdemo= kratische Partei und die Gewerkschaften die Erklärung abgeben, dass wir das Mi= nisterium in seinen Reformabsichten mit allen Kräften unterstützen werden. Die geplante Reform wird die Berufsschule zu einem wertvollen Instrument der Arbeit bildung machen, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern und Deutsch= lands wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit erhöhen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Dolezych (Dtn.) und Abg. Frau Dr. Lauer (Ztr.) treten unter ei= nigen Vorbehalten der Regierungsvorlage bei. - Die weitere Debatte wird auf Montag Mittag 12 Uhr vertagt.

Landtag=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 15. März (Eig. Ber.)

In der Sonnabendsitzung des Preussischen Landtages spielten zunächst die Herren Kommunisten wieder einmal Misstrauensvotum. Objekt war diesmal der Volks= wohlfahrtsminister Hirtsiefer. Die weither geholte Begründung mussten die Un= ruhen in den Fürsorgeerziehungsheimen der Stadt Berlin abgeben. Die Kommunisten blieben dabei allein und fanden diesmal keine Mitspieler. Abg. Wachenheim (Soz.) legte kurz und bündig dar, dass die Kommunistische Partei durch besondere Orga= ne planmässig die Fürsorgezöglinge zu Revolten und Gewalttätigkeiten aufhetzt und damit jede Verbesserung der Fürsorgeerziehung fast unmöglich macht. Mit Ge= nugtuung stellte das Zentrum fest, dass die kommunistische Propaganda die konfes= sionellen Fürsorgeerziehungsanstalten verschont und lediglich die weltlichen Anstalten zu ruinieren bemüht ist. - Die Abstimmung über den Misstrauensantrag findet am Mittwoch statt.

Von dem kommunistischen Rüpelspiel wandte sich das Haus ernster Arbeit zu. Dabei hatten sämtliche kommunistischen Abgeordneten den Saal verlassen. Es han= delte sich ja auch nur um die Berufsschule, also eine Arbeiterfrage von höchster Bedeutung. Die Berufsschullehrer wurden bisher im wesentlichen aus den Kreisen der Volksschullehrer gewonnen. In hartem Kampf namentlich mit dem Kultusminister Dr. Becker, haben Handelsminister Dr. Schreiber und sein Staatssekretär Staudinger durchgesetzt, dass entsprechend den Wünschen der Gewerkschaften aller Richtungen in Zukunft die Berufsschullehrer aus den Reihen der praktisch Berufstätigen ge= nommen werden, die ohne Abiturium oder sonstigen Berechtigungszopf an Berufspä= dagogischen Seminaren der Universität grossenteils auf öffentliche Kosten aus= gebildet werden sollen. Es bedarf keiner näheren Darlegung, dass hierin etwas Grosses sowohl für die Aufstiegsmöglichkeit der Arbeiter, wie für die Zukunft der Berufsschule liegt. Genossin Hanna versprach dann auch dem Minister, namens der Partei und der Gewerkschaften rückhaltslose Unterstützung bei diesem Re= formwerk. - Die Debatte geht am Montag weiter.



Reichsbahn und Kraftwagen.

Zusammenarbeit tut Not!

SPD. Der Kampf zwischen der Reichsbahn und den Kraftverkehrsinteressen hat neuerdings wieder schärfere Formen angenommen. An einer vernünftigen und sachgemässen Schlichtung des Streits sind sowohl die Eisenbahner wie die Kraftfahrer aufs stärkste interessiert; denn schliesslich sind es doch nur die in Frage kommenden Verkehrsarbeitergruppen, die bei einer wilden Konkurrenz die Zeche bezahlen müssen. Aus den Reihen der im Gesamtverband organisierten freigewerkschaftlichen Berufskraftfahrer kommt daher der Ruf nach Verständigung und Einigung. Umso grössere Beachtung kommt unter diesen Umständen den Argumenten der Berufskraftfahrer des Reichsverbandes gegenüber der Haltung der Reichsbahn zu. Diese Argumente bestehen im wesentlichen aus folgenden Gedankengängen:

Richtig ist, dass der Kraftwagen einen Teil des Verkehrs übernommen hat. Stimmt jedoch die Behauptung, dass heute bereits der Kraftwagen der Reichsbahn erheblichen Abbruch macht? Der Kraftwagenverkehr ist zu einem grossen Teil Neuverkehr; er hat sich seine Arbeitsgebiete selbst geschaffen. Den Beweis liefert am besten der Eisenbahndirektionsbezirk Dresden, der grösste Deutschlands, der zugleich auch die stärkste Motorisierung hat. In ihm ist in den fünf Jahren 1908-1912 eine Zunahme der beförderten Mengen in Höhe von 8 585 640 Tonnen zu verzeichnen; in den fünf Jahren 1924 - 1928 dagegen eine Zunahme von 11 683 309 Tonnen. In der Vorkriegszeit also, wo der Lastkraftwagen für die Beförderung noch keine Rolle spielte, wurde also eine Zunahme von 1 710 000 Tonnen und in der Nachkriegszeit eine solche von 2 240 000 to im Jahresdurchschnitt erzielt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dem mit Lastkraftwagen stark durchsetzten Freistaat Sachsen die Kohlenbeförderung für die Elektrizitäts- und Gaswerke durch die Konzentration der Kraftwerke auf Betriebe, die auf Kohlengruben selbst errichtet wurden, und durch die Ausbreitung der Ferngasversorgung stark zurückgegangen sein muss. Die Behauptung der Reichsbahn, die Entwicklung des Lastkraftwagens sei für sie schädlich, kann danach unmöglich zutreffen. Wenn die Bahn im Reichsdurchschnitt tatsächlich Verluste in der Güterversorgung hat, dann nicht in den Landesteilen mit starkem Lastkraftwagenverkehr, sondern aus ganz anderen Ursachen. Ob und in welchem Umfange gerade dort, wo wenig Kraftlastwagenverkehr ist, ein Rückgang in der Eisenbahnbeförderung eintrat, bedarf einer besonderen Untersuchung.

Die Reichsbahn fordert scharfe Konzessionierungsmassnahmen gegen den Kraftwagenverkehr. Wer wird jedoch durch diese Massnahmen getroffen? Nur der organisatorisch gebundene Kraftwagenverkehr, d.h. die grossen Kraftverkehrsgesellschaften, deren Eigentümer die Länder, und die Gemeinden sind, absolut Unternehmungen, die Betriebe der öffentlichen Hand sind. Dabei erklärt die Reichsbahn dass nicht der Omnibusverkehr, sondern der Privatwagen der stärkste Konkurrent sei. Der private Kraftwagenverkehr kann aber durch gesetzgeberische Massnahmen nicht gepackt werden. Gegenüber seinen Unterbietungsmöglichkeiten - er ist nicht an eine bestimmte Linienführung und an regelmässige Fahrteinhaltung gebunden - es gibt nur ein Mittel: enge Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und organisierten Kraftwagenverkehr. In diese Richtung deuten auch die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, der unter dem Vorsitz des Reichsbahndirektions-

präsidenten Lochte-Mainz getagt hat und in der Kraftwagenfrage zu einer ganz anderen Auffassung kam, als sie in der heutigen Stellungnahme der Reichsbahn-Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Der Ausschuss tritt in seinem Gutachten für eine aktive Betätigung der Reichsbahn auf dem Gebiet des Kraftfahrwesens ein, da man den steigenden Kraftwagenverkehr nicht einfach abdrosseln könne und dürfe.

Die Reichsbahn geht gegen den Kraftwagen mit Kampftarifen vor. Es gibt bereits 190 solcher Tarife. In dem K-Tarif 158 wird z.B. der Firma Henckels auf alle ihre Frachten im Umkreis von 200 km von der Erzeugerstelle aus ein Preisnachlass von 30 % gewährt, wofür sich die Firma verpflichtet, der Reichsbahn jährlich 20 000 to zur Beförderung zu übergeben. Der K-Tarif bedeutet für diese Waschmittel-fabrik eine jährliche Sonderprämie von 150 - 200 000 Mark. Man darf die Frage aufwerfen, ob ein Teil der Einnahmeverluste der Reichsbahn nicht auf diese K-Tarifpolitik zurückzuführen ist, deren Nutznieser nur die Industrie und grosse Spediteurgruppen sind, während Reichsbahn und organisierter Kraftwagenverkehr die Kosten tragen.

Mit einer Drosselung des Autoverkehrs schafft man keine vernünftige Lösung sondern nur Schaden für die Wirtschaft. Kraftwagenverkehr und Automobilwirtschaft sind im deutschen Jahresumsatz kein Pappentstiel. Ihr Umsatz beziffert sich auf 3,9 Milliarden, wobei noch nicht berücksichtigt ist, dass viele Tausende von Arbeitskräften im Auto- und Autozubehörhandel arbeiten. Nicht Kampf, sondern Zusammenarbeit von Reichsbahn und Kraftwagen kann allein die Lösung bringen, die den Interessen der Beteiligten sowie den Interessen der Volkswirtschaft gerecht wird. Die freigewerkschaftlich organisierten Berufskraftfahrer erwarten, dass diese Einsicht auch dem Reichsverkehrsministerium kommt und dass es danach seine Pläne für Ausgleichsabgabe und Konzessionsverschärfung fallen lässt.

S&D. Soldatenspielerei muss doch ein wundervoller Zeitvertreib sein. Die Reichsbahn lässt sich diesen Zeitvertreib sogar ein ordentliches Stück Geld kosten. Ihre Soldatenspielerei ist ihr Bahnschutz. Er zerfällt in zwei Abteilungen: Streifdienst zur Verhütung von Diebstählen, Unfällen usw. und freiwilliger Bahnschutz, der bei ernstern Gefahren eingesetzt werden soll. Die Reichsbahn erklärt, der Streifdienst bestehe aus 1 600 Personen. In Wirklichkeit beträgt die Zahl der Streifdienstleute 300 bis 3 500. Bedenklich ist vor allem das Ausmass des Bahnschutzes. Der Umfang des "freiwillig" Bahnschutz verrichtenden Personals ist schwer festzustellen. In den 27 Direktionen ihres Bereiches hat die Reichsbahngesellschaft nicht weniger als 13 Dezernate zur Einrichtung des Bahnschutzes geschaffen. Fast in jedem Direktionsbezirk steht der Bahnschutz mit Schupo oder Reichswehr in einem mehr oder minder festen Verhältnis. Die Ausbildung der Bahnschutzangehörigen erfolgt durch Offiziere und Unteroffiziere auf Heeresgelände. Geschossen wird mit Gewehr 98 mit leichtem und schwerem Maschinengewehr. Auch Handgranaten werden geworfen. Auf 6, dem Namen nach bekannten, Übungs- und Schiessplätzen werden die Bahnschutzangehörigen in Kursen von 14 Tagen und in fast regelmässigen Abständen von drei Monaten ausgebildet und einexerziert. Zur Krönung des Ganzen dienen für bahnschutzstrategische Zwecke die 19 Panzerzüge, die, auf das ganze Reichsbahngebiet verteilt, bei "ernstern Gefahren" eingesetzt werden sollen.

Sehr merkwürdig berührt, dass Mitglieder des Einheitsverbandes systematisch vom Bahnschutz ausgeschaltet werden. Es gibt also etwas zu verdecken. Wenn der Bahnschutz so harmlos wäre, wie die Reichsbahn ihn hinstellt, warum dann die Sperrung gegen den Einheitsverband? Die Soldatenspielerei der Reichsbahn ist eine Quelle ständiger Unzuträglichkeiten. Sie sollte daher so schnell wie möglich verschwinden. Hat die Reichsbahn zu viel Geld? Das Personal merkt nichts davon;

es wird knapp gehalten. Die für den Bahnschutz verwendeten Gelder können im sozialen Etat der Reichsbahngesellschaft Verwendung finden.

Die Soldatenspielerlei der Reichsbahn ist schliesslich auch deswegen recht unangebracht, weil in Deutschland bei den Nationalsozialisten und bei der Reichswehr die Phantasten nicht alle werden wie die soeben erfolgten Verhaftungen gezeigt haben. Solchen Phantasien muss das Militärspielen der Reichsbahn den Kopf verdrehen.

SPD. Die Betriebsrätewahlen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft haben trotz der wüsten Hetze der Kommunisten den freien Gewerkschaften einen vollen Erfolg gebracht. Bei der Arbeiterratswahl wurden abgegeben für die Liste der freien Gewerkschaften 10 146 Stimmen (im vergangenen Jahr 5934), für die Liste der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 1944 (1493), für die Liste der Deutschen nationalen 1642 (1811), für die Liste der Revolutionären Opposition 6317 (10 747), für die Liste der Nationalsozialisten 1 344 (0). Insgesamt wurden abgegeben 22 512 von 24 922 Stimmen (im Vorjahr 20 504 und 24 190).

Bei der Angestelltenwahl wurden abgegeben für die Liste der Deutschen nationalen 379 Stimmen (im Vorjahr keine Wahl), für die Liste der freien Gewerkschaften 1225 Stimmen. Weitere Listen lagen nicht vor, -

Das Wahlergebnis stellt für die Kommunisten eine fürchterliche Pleite dar. Ein Teil ihrer Anhänger ist offensichtlich zu den Nationalsozialisten übergegangen. Die Arbeiter der B.V.G. haben den Moskauern einen saftigen Denkzettel verabfolgt.

SPD. Der Deutsche Landarbeiterverband zählt im Augenblick rund 170 000 Mitglieder - ein Zeichen, dass er seit der Inflation eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung verzeichnen kann. Die heutige Mitgliederzahl ist kleiner als in der Zeit kurz nach der Revolution. Damals sprach man von vielen hunderttausend Mitgliedern des Verbandes. Der Flugsand ist zerronnen, was heute im Verband organisiert ist, ist kein Flugsand, sondern Fels, auf den man bauen kann. Heute ist in vielen Bezirken, vor allem in Ostelbien die Zugehörigkeit zum freien Landarbeiterverband wieder eine riskante Sache, die Mut und Opfergeist erfordert. Beides ist heute mehr denn je notwendig; denn zu den Gegnern der freien Gewerkschaften gehören jetzt nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Kommunisten. Viel Feind viel Ehr!

SPD. Köln, 15. März (Eig. Drahtber.)

Das Tarifamt für das Bergverbe im Rheinland hat am Sonnabend die Anträge der Arbeitgeber auf Lohnabbau abgelehnt und entschieden, die bisherigen Löhne weiter bestehen zu lassen. Die Arbeitnehmer hatten eine Lohnkürzung um acht Pfennige für Facharbeiter und sieben Pfennige für Tiefbauarbeiter gefordert. Die Bauarbeiter dagegen verlangten eine Lohnerhöhung von zehn Pfennigen pro Stunde, für die schlechter gestellten Tiefbauarbeiter 15 Pfennige, ferner 44-stündige Arbeitszeit pro Woche und Lohnausgleich.

Die Parteien haben sich bis zum 22. März zu entscheiden. Die Vertreter der Arbeiter haben beschlossen den Entscheid des Tarifamtes abzulehnen. Auch die Arbeitgeber werden voraussichtlich ablehnen. Nach der Entscheidung der Parteien geht der Tarifstreit an das Tarifamt II.

Wirtschaft Technik Gandel

Das Ei des Columbus.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

SPD. Königsberg, den 15. März 1930.

Was auffällt: man schimpft über die Betriebskontrolle. Das ist eine der Neuerungen, die mit dem Reichs- und Staatskommissar Rönneburg ins Land gekommen ist. Rönneburg, der die zweite Ostpreussenhilfsaktion durchführen soll, gilt als der Aufpasser, und die unangenehmste Seite an ihm scheint zu sein, das die Kredithergabe mit der erwähnten Betriebskontrolle verbunden ist.

Das widerspricht früheren Gepflogenheiten. Das ist epochemachende Neuheit in der agrarischen Subventionspolitik. Früher hat man sich darauf beschränkt, der ostelbischen Landwirtschaft verbilligte Kredite zu vermitteln. Dem Landwirt blieb es aber überlassen, wie er das Geld verwandte. Das tat oft nicht gut. Es wird behauptet (und durch Beispiele belegt!), dass in der Vorkriegszeit die verbilligten Agrarkredite nicht für landwirtschaftliche Zwecke verwandt wurden, sondern als billiges Spekulationsgeld an die Börse gingen. Auch heute sollen solche Fälle noch vorkommen.

Kann irgendwer, entsprechend den Richtlinien für die Kreditgewährung, Kreditbedarf vortäuschen, dann bekommt er kraft der staatlichen Intervention verbilligtes Geld. Er kann damit den höheren Zinssatz auf dem freien Markt ausnutzen. Das ist ohne Zweifel ein Geschäft. Aber auch das andere ist möglich: Irgendjemand, der hoch verschuldet ist, stützt seine Belege mit Hilfe von Gefälligkeitsaxten und Gutachten so zurecht, dass ihm weiter Kredit gegeben werden kann. Er nimmt das Geld, wurstelt nach alter Väterart weiter - und hinterher kommt der Bankrott.

Durch das Staatskommissariat sind diese Manipulationen heute so gut wie ausgeschlossen. Alles wäre damit in Butter, wenn sich die agrarischen Kreditnehmer mit dem selbstverständlichen Gedanken einer Kreditkontrolle befreunden wollten. Aber der Besitzer ist autonom und es ist für ihn unerträglich, wenn er sich Vorschriften über die Art seiner Betriebsführung machen lassen soll und zwar noch von einem Nichtostpreussen. So geht die allgemeine Tendenz dahin, diese Kontrolleinrichtung illusorisch zu machen. Hier hat nun Herr von Hippel das Ei des Columbus gefunden. Herr von Hippel ist der mächtigste Mann im ostpreussischen Agrarkreditwesen. Er ist Generallandschaftsdirektor und hat als solcher einen fabelhaften Plan entwickelt, der wohl schon geeignet ist, die lästige Kontrolle zu sabotieren.

Der Plan funktioniert wie folgt: Die ostpreussische Landschaft, der Herr von Hippel vorsteht, hat die meisten ostpreussischen Güter erststellig beliehen. Bleiben die Schuldner mit den Zinsen im Rückstand, dann betreibt Herr von Hippel die Zwangsversteigerung. Bei der Zwangsversteigerung erwirbt der bankrotte Landwirt im Namen eines seiner Kinder das unter den Hammer gekommene Gut zum Preise der ersten Hypothek. So bleibt die Scholle erhalten. Kunststück! Auf diese Weise schütteln die ostpreussischen Landwirte wieder einmal ihre Schulden bis auf die erste Hypothek ab - und zugleich die "fremde" Betriebskontrolle.

Dieses Ei des Columbus verbirgt Herr von Hippel nicht etwa geheimnisvoll in seinem Busen, sondern er stellt seinen phänomenalen Plan im Kreise der Ge-

schäftsleute zur Diskussion. Er argumentiert, dass die ostpreussische Landschaft ja kein Interesse daran habe, bankrotte Güter zu erwerben, weil deren Bewirtschaftung durch einen Verwalter viel zu teuer werden würde. Es sei das klügste, den seitherigen Besitzer nach der neuen "Umschuldung" weiter wirtschaften zu lassen. Auch die Geschäftsleute sollen bei diesem Spiel auf ihre Forderungen verzichten. Sie sagen allerdings, "das Ding geht nicht los". Denn die anderen, z.B. die Kommissionäre, die den Landwirten Vorschüsse gegeben haben, lassen sich durch solche Tricks nicht um ihr Geld bringen.

Das Ding geht aber doch los! Noch vor einigen Tagen wurde bei einer Versteigerung in Allenburg das von Hippel gefundene Ei des Columbus wieder mal auf die Spitze gestellt. Der in Bankrott geratene Landwirt hat sein zur Versteigerung stehendes Gut zum Preise der ersten Hypothek erworben und zwar als gesetzlicher Vertreter seines minderjährigen Sohnes. Für diesen minderjährigen Sohn legte er glatt 30 000 Reichsmark auf den Tisch des Hauses, um die vorberechtigten Forderungen abzulösen. Jetzt sitzt der Landwirt wieder auf seiner Scholle. Idyllisch liegt das Landgut, vom Schuldendruck los und ledig, in der Märzsonne. Aber wo bleibt Treu und Glauben?

Wie kommt der bankrotte Vater überhaupt zu 30 000 Mark, die angeblich seinem minderjährigen Sohn gehören? Einfach, die örtliche Kreditgenossenschaft hat sie dem vermögenslosen minderjährigen Sohn geliehen, damit der Vater den Dreh machen kann. Dabei müssen einige nicht unwichtige Begleitumstände berücksichtigt werden: Die aus der ersten Umschuldungsaktion stammende zweitstellige Hypothek ist beseitigt. Der Staat ist um sein Geld geprellt, das er im guten Glauben und, um der Landwirtschaft in Ostpreussen zu helfen, gegeben hat. Das ist derselbe Staat, der sich hier in Ostpreussen, in der Presse, am Bierisch und wo es sonst sein mag, von jedem hergelaufenen Burschen beschimpfen lassen muss, als Staat der Schieber und der unehrlichen Kerle!

Was tut dieser Staat? Was geschieht mit der ländlichen Kreditgenossenschaft, die nach dem Rezept des Hippelschen Ei des Columbus schiebt? Was sagt die Preussenkasse dazu?

Man wird sagen, das ist ein Einzelfall. Nein, das ist kein Einzelfall! Diese Einzelfälle haben sich bereits zu Dutzenden ereignet und sie werden sich bei den früher umgeschuldeten Betrieben in der nächsten Zeit noch recht oft wiederholen.

Sie kennen sich hier und sie helfen sich und eine Hand wäscht die andere: die Landschaft, die Nachbarn, die kleinen Kreditinstitute, die Kreditkommissionen, unter Parole für Heim und Scholle - und gegen die Republik!

SPD. Die Wareneinfuhr wird für den Monat Februar mit 981,6 Millionen Mark angegeben und die Warenausfuhr mit 1026,3 Millionen Mark. Das ergibt einen Überschuss von 44,7 Millionen Mark. Nach Auffassung des Statistischen Reichsamtes dürfte der wirkliche Überschuss allerdings 100 Millionen Mark betragen haben, da in der Wareneinfuhr für Februar noch Zollabrechnungen aus dem Jahre 1929 stecken. In der Ausfuhr sind Reparationslieferungen in Höhe von 64,5 Millionen (Januar = 58,8 Millionen Mark) enthalten. Die Entwicklung der Hauptposten in der Bilanz ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

	<u>Februar</u> <u>1930</u>	<u>Januar</u> <u>1930</u>	<u>Februar</u> <u>1929</u>	<u>Monatsdurch-</u> <u>schnitt 1929.</u>
	(in Millionen Mark)			
Reine Wareneinfuhr	981,6	1304,9	1014,8	1119,7
Reine Warenausfuhr	1026,3	1092,3	971,1	1123,5
Lebensmitteleinfuhr	278,4	480,9	277,7	318,1
Rohstoffeinfuhr	523,8	634,3	546,1	600,4
Fertigwarenausfuhr	755,9	795,3	712,8	819,4

Die Einfuhr ist stark zurückgegangen und zwar wird der Rückgang unter Be-

rücksichtigung der Zollabrechnungen vom Statistischen Reichsamt auf etwa 200 Millionen Mark geschätzt. Vom Rückgang sind besonders die Lebensmitteleinfuhren betroffen. Hier spielen die infolge der Zollerhöhung vorgenommenen Vordeckungen mit Futtergerste und Weizen, in kleineren Mengen auch mit Kaffee und Tee, eine Rolle. Auch der bei der Einfuhr von Rohstoffen festzustellende Rückgang ist von Zollabrechnungen beeinflusst. Für die Ausfuhr ergibt sich, auf den Arbeitstag umgerechnet, eine Steigerung gegenüber dem Januar. Im grossen und ganzen ist die Bewegung der Handelsbilanz als günstig anzusprechen.

SPD. Nach der vom Statistischen Reichsamt vorgelegten Schuldenstatistik für Reich, Länder und Grosstädte für den 31. Dezember 1929 haben sich die öffentlichen Schulden in der Zeit vom 31. März 1929 bis Ende 1929 weiter gesteigert.

Die Reichsschulden erhöhten sich von 8228,5 Millionen auf 9351,1 Millionen Mark. Von der Neuverschuldung entfallen 1066,7 Millionen Mark auf Auslands- und 3320,3 Millionen Mark auf Inlandsschulden. Bei den Ländern ohne Hansastädte sind die Schulden von 1929 Millionen auf 1982 Millionen Mark angestiegen. Davon sind 547 Millionen Mark Auslandsschulden. Bei den Hansastädten liegt eine Steigerung von 498 Millionen auf 596,2 Millionen Mark (davon 250 Millionen Mark Auslandsverschuldung) vor.

Die Erhebung über die Schulden der Gemeinden erfasst die Städte über 100 000 Einwohner. In den 9 Monaten der Berichtszeit haben sich die Schulden der Grosstädte um 764,2 Millionen Mark vermehrt. Davon entfallen 157 Millionen Mark auf Schuldenzunahme durch Umgemeindungen. Die Steigerung der Gemeindeforderung ist bei den einzelnen Städten durchaus uneinheitlich. An der stärkeren Steigerung sind einzelne Städte, z.B. Berlin beteiligt. Auf den Kopf der grossstädtischen Bevölkerung entfiel Ende Dezember 1929 eine Schuldsumme von 252,53 Millionen Mark. Die Gesamtschuld betrug am 31. März 1929 = 3682,2 Millionen Mark. Bis Ende des Jahres 1929 erfolgte eine Steigerung auf 4446,4 Millionen Mark. Davon sind 603,1 Millionen Mark Auslandsverschuldungen gegenüber 598,1 Millionen Mark Ende März 1929. Die Auslandsverschuldung stagniert also. Dagegen sind die Gemeinden auf die teuren kurz- und mittelfristigen Inlandskredite angewiesen.

SPD. Den dänischen Zuckerrübenbauern ist eine Subvention von rund 2 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt worden, wovon 1,2 Millionen Kronen auf den Staat und 800 000 Kronen auf die Zuckerfabriken entfallen. Man will mit diesen Mitteln der dänischen Zuckerproduktion eine weitere Existenz ermöglichen. Ausserdem hat die Regierung die Beibehaltung bestimmter Zuckerpreise in Aussicht gestellt.

SPD. Der Berliner Elektrizitätskonzern Bergmann zahlt wie im Vorjahr eine Dividende von 9 %. Der Bruttogewinn wird mit 11,78 Millionen (im Vorjahr 12,22 Millionen Mark) angegeben. Der Reingewinn liegt mit 4,48 Millionen Mark auf der Höhe des Vorjahres.

Fest bei kleinen Ansätzen.

(Berliner Getreidebörse vom 15. März.)

SPD. Bei kleinen Umsätzen verzeichnete die Berliner Produktenbörse am Sonnabend fest Grundstimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte konnte sich Weizen um etwa 1 - 2, Roggen um etwa 2 - 3 befestigen. Am Lokomarkt blieb das Angebot an Weizen vom Inlande weiter klein und fand zu etwa 1 - 2 Mark höheren Preisen bei den Mühlen gute Aufnahme. Auch Roggen blieb spärlich angeboten und wurde gleichfalls zu höheren Preisen gut gekauft. Das Mehlgeschäft hat sich dabei kaum belebt. Lediglich für Weizenmehl zeigte sich grösseres Kaufinteresse, ohne dass aber höhere Preise durchzusetzen waren. Roggenmehl hatte kleines Konsumgeschäft. Für Hafer hat sich das Angebot verringert; die Preise konnten bei besserer Stimmung etwas anziehen.

	14. März	15. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	234 - 237	235 - 238
Roggen	141 - 146	142 - 147
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	118 - 127	118 - 128
loco Mais Berlin	155	155
Weizenmehl	26,50-34,00	26,50-34,25
Roggenmehl	20,00-23,50	20,00-23,50
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,50- 7,75	7,50- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 246 $\frac{1}{2}$ (Vortag -), Mai 257-256 $\frac{3}{4}$ (255 $\frac{1}{2}$), Juli 265-264 $\frac{3}{4}$ (263 $\frac{1}{2}$). Roggen März 159 (159), Mai 168 (166), Juli 173 $\frac{1}{2}$ (170). hafer März - (-), Mai 136 (135 $\frac{1}{2}$), Juli - (141 $\frac{1}{2}$).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 15. März: I. 142 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Mit Hilfe von Tilgungsdarlehen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge wurden im Jahre 1929 = 702 (1928 = 1206) Werkwohnungen und 3165 (1928=5072) Eigenheime für Landarbeiter errichtet. Sie verteilen sich auf die einzelnen Provinzen wie folgt: Ostpreussen: Werkwohnungen 232 (449), Eigenheime 571 (400), Grenzmark 37 (111) bzw. 114 (212), Oberschlesien 26 (57) bzw. 226 (292), Niederschlesien 30 (55) bzw. 217 (116) Sachsen 54 (83), bzw. 239 (338), Brandenburg 49 (89) bzw. 253 (410), Pommern 136 (163) bzw. 227 (509) Schleswig-Holstein 22 (21) bzw. 118 (147), Hannover 81 (102) bzw. 524 (1119), Westfalen 13 (23) bzw. 84 (175), Rheinprovinz 11 (38), bzw. 510 (1152), Hessen-Nassau 11 (15), bzw. 82 (202). Wie stark die Errichtung von Eigenheimen gegenüber der Errichtung von Werkwohnungen zugenommen hat, zeigt die Tatsache, dass vom Jahre 1921 bis zum 1. August 1923 (durch Zuschüsse) nur 367 Eigenheime gegenüber 10 538 Werkwohnungen errichtet wurden, während von Ende 1923 bis Ende 1929 21 207 Eigenheime gegenüber 11 605 Werkwohnungen ausgeführt wurden. Insgesamt sind aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge vom Jahre 1921 bis 1. Januar 1930 = 22 148 Werkwohnungen und 21 574 Eigenheime, insgesamt also 43 717 Landarbeiterwohnungen errichtet worden.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 15. März 1930.

Die Stadt des Dichters.^x

SPD. Da lag sie nun, die kleine Stadt des grossen Dichters. Am Bahnhof begrüßten den Eintretenden die Plakattafeln, die "Sarotti" und "Elida" prisen. Das war der erste Eindruck. Nach den Plakatsäulen kam eine baumumgrenzte Strasse. Sie führte hinein in die engen Strassen und Winkel. Vor dem Marktbrunnen plätscherten ein paar Jungens. "Still und versonnen"....wollte sich der Satz in Gedanken formen, aber die Masten der elektrischen Lampen stachen wie spitze Feile ins Hirn. Nicht einmal der berühmte Postwagen polterte über das Strassenpflaster. Der war bereits am Morgen darüber gefahren und war ein moderner Postautobus. Mit Patentfederung.

"Wie traurig!" dachte der Reporter. "Das ist nun alles nicht mehr so, wie es der grosse Dichter in seiner Jugend sah." Und er besah sich das Geburtshaus, dessen Erdgeschoss nun das Steueramt beherbergte, die Schule, die Fabrik, in der er vergebliche Versuche gemacht hatte, sich mit der Werkätigkeit am Schraubstock zu befreunden, die heimlichen Winkel seiner ersten Liebe und notierte und photographierte fleissig.

Nur eins fehlte ihm: das Unmittelbare, das Geheimnisvolle. Er wollte Beziehungen sehen von Mensch zu Mensch. Er wollte die Seele der Stadt. Er wollte jenes Fluidum kennen lernen, aus dem der grosse Dichter gekommen war.

Aber merkwürdig. Niemand in der kleinen Stadt kannte den grossen Dichter. Nicht der biedere Bäckermeister, der gegenüber dem Geburtshause aus dem Fenster lehnte, nicht die alte Hökerin auf dem Marktplatze. Und bei dem Buchhändler einen Versuch zu machen, schien sich, nach seinem Schaufenster zu schliessen, ebenfalls nicht zu lohnen.

Das alles überdachte der Reporter, als er am Abend im "Adler" an einem Tische im Nebenzimmer sass.

Dann kamen die "Herren" der Stadt: der Oberlehrer, der Pfarrer, der Apotheker und der Amtsrichter. Auf den würdevollen Amtsmienen lagen noch die Sorgen um den vergangenen Tag. Ob das Etikette richtig aufgeklebt war. Ob das Landgericht den Prozess zurückgehen lassen würde. Ob für morgen eine Inspektion zu erwarten war. Nur der Herr Pfarrer lächelte freundlich, christlich und voll innerer Gottseligkeit.

"Wenn diese Herren hier die Geschichte ihrer Heimat kennen, dann wissen sie auch sicherlich etwas von ihrem grossen Dichter", überlegte sich der Reporter.

Darin hatte er sich nicht getäuscht. "Ob wir ihn kennen?" Man rückte feindselig von ihm ab. "Unsere Stadt hat keine Ursache, ihre verlorenen Söhne der Mitwelt zu präsentieren."

"Meine Schulakten wissen Dinge zu erzählen, mein Herr; ich wüsste nicht, wo die Disziplin hinkäme, wenn wir mehr solcher Schüler mit so ausgesprochen despektierlichen Anmassungen hätten", meinte der Herr Oberlehrer. Und der Herr Amtsrichter sekundierte ihm auf der gleichen Ebene: "Wer so nahe an den Grenzen der Straffälligkeit wandert....ich weiss nicht, und Sie meine Herren werden mir beipflichten, ob die - sagen wir einmal - Fruchtbarkeit einer gewissen literarischen Tätigkeit den Mangel an bürgerlicher Charakterfestigkeit aufheben kann. Ich frage Sie, meine Herren, vom Standpunkte des Staatsbürgers aus."

"Wenn ich als Geistlicher hinzufügen darf, dass dieser -- Dichter, wie Sie ihn vorhin zu nennen beliebten, ein so verderbendes Beispiel von ehelicher Pflichttreue gegeben hat, so glaube ich, dass wir uns einig sind in der Ablehnung dieses Mannes."

Nur der Apotheker lächelte bescheiden. Er hatte sich in seiner Jugend an den Gedichten des grossen Dichters begeistert und war sein heimlicher Verehrer geblieben bis auf den heutigen Tag. Aber was konnte er, der Einzige in der ganzen Stadt, gegen die Meinung der Massgebenden ausrichten?

"Aber, meine Herren", widersprach der Reporter, "kennen Sie seine Werke?"

"Wer gegen seine Lehrer aufsässig ist,....."

"Wer mit verdächtigen Persönlichkeiten Umgang hat....."

"Wer seine Frau verlässt....."

....."dessen Werk kann nicht von jener sittlichen Ueberzeugung getragen sein, die dem Charakter der Heimat entspricht, aus der er hervorgegangen ist, wollten sie weiterfahren, meine Herren...." und -- da er die überraschten Gesichter sah -- "verzeihen Sie, wenn ich Ihnen eine eindrucksvolle Wendung vorweggenommen habe!"

Der Reporter sah, dass die Herren ihre anfänglich günstige Meinung über ihn geändert hatten, denn er war ihnen da in einen Garten hineingetappt, den sie -- die Kleinstädter -- ängstlich vor ihm zu hüten sich bemüht hatten. Er wollte sich zurückziehen. Aber der Apotheker hatte schon lange auf diese Gelegenheit gewartet, sich an der Kleinstadt zu rächen, die ihn zwar eine reiche Frau gebracht, aber seine Freiheit genommen hatte. "Ja", sagte er, "wir würden ja nichts gegen den Versemacher und Romanschreiber einwenden, wenn wir uns nicht sagen müssten: da läuft nun draussen einer herum, halb verhungert, ohne anständigen Anzug, die Haare nicht geschnitten, und wenn er bei uns geblieben wäre, könnte er im Kreise seiner Mitbürger ein ehrliches Dasein führen; seine Fähigkeiten hätten seine Mitbürger veranlasst, ihn in führende Stellungen in seiner Heimatstadt zu bringen; ich denke dabei an die Vorstandsstelle in dem ersten Verein unserer Stadt, der "Harmonie".

"So ist es", pflichtete man ihm bei, "ein ehrlich' Tun führt auch immer zu materiellen Erfolge." Der Reporter lächelte, zog eine Mappe aus seiner Tasche: Sie sind offenbar nicht im Bilde, meine Herren. Hier sind die Photographien der Villa, die er bewohnt, die er von dem bezahlte, was er verdient hat." Und auf der Tischplatte rechnete er ihnen vor, auf welche Einnahmen man den Dichter pro Jahr einschätzte.

"Das ändert manches," schob der Apotheker das Gespräch weiter. Was die drei anderen Herren veranlasste, sich ebenfalls dieser Meinung anzuschliessen. "Das haben wir natürlich nicht gewusst. Wissen Sie, in der Kleinstadt ist man nicht so auf dem Laufenden. Da hätten wir ja sozusagen eine nationale Pflicht gegenüber der deutschen Literatur zu erfüllen. Wir haben ein Kleinod in unserer Stadt zu hüten, das Geburtshaus unseres grossen Dichters. Das gibt Gelegenheit, eine Gedenktafel anzubringen, eine Feier zu veranstalten, den Fremdenverkehr zu heben, einen Leseverein zu gründen, kurzum: unsere Stadt wird ein neues Gesicht bekommen."

"Denn eine Sache, mit der man Geld verdient, ist immer eine anständige Sache", schloss der Reporter.

Albert Ansmann.

Sarrasanis Glück und Ende.

SPD. Hans Stosch=Sarrasani, der Direktor und Besitzer des Zirkus Sarrasani, des grössten in Deutschland, eines der grössten der Welt, hat seinen Betrieb satt. Er will nicht mehr. Er bietet sein Unternehmen zum Verkauf an. Preis: 26 Millionen. Aber vielleicht lassen sich, sofern der Zirkus jemanden, der gerade recht liquid ist, interessieren sollte, ein paar Millionen herunterhandeln. Es sind verschiedene Gründe, die Sarrasani müde und mürbe gemacht haben, und beispielsweise spielt es auch eine Rolle, dass in den mittleren und kleinen Städten die für den Aufbau der Zeltstadt geeigneten Plätze immer seltener werden. Als Hauptgrund für seinen Entschluss führt Sarrasani freilich die endlosen Schwierigkeiten ins Feld, die ihm von den Behörden der verschiedenen Staaten und Städte auf finanziellen Gebieten gemacht werden. Sarrasani klagt darüber, dass er in Deutschland 33 verschiedene Steuern zu zahlen habe. Allein an Lustbarkeitssteuer habe er während seines gegenwärtigen Berliner Gastspiels bisher 61 000 Mark gezahlt. Seine Tagesspesen betragen gegen 20 000 Mark. Seine Tageseinnahmen augenblicklich im Durchschnitt trotz guten Besuches nur etwa 18 000. Das Zirkusgeschäft sei das riskanteste und aufreibendste der Welt. Dann fühlt er sich auch verkannt. Vor anderthalb Jahren ist ihm vom preussischen Kultusminister der Kunstschein entzogen worden, der ihm wesentliche wirtschaftliche Vorteile verschafft hatte, und er muss seither auf einen gewöhnlichen Wanderschein reisen. Im Ausland seien die Steuern zwar niedriger, aber dafür habe er dort mit Hemmungen anderer Art zu rechnen, deren Hintermänner die eingegessenen und in ihre Monopolstellung bangenden Zirkusunternehmungen seien. In der Schweiz zum Beispiel dürfe die Propaganda frühestens 14 Tage vor der Eröffnung des Zirkus einsetzen, während ein strategisch richtig geführter Reklamefeldzug 8 Wochen in Anspruch nehme. Amerika sei an sich ein dankbares Feld. Aber in den Vereinigten Staaten sei nun wieder die Konkurrenz ausserordentlich gross: vor allem sei äusserst fühlbar die des gigantischen Unternehmens der Gebrüder Ringling....

Sarrasani sieht also trübe in die Zukunft. Er sucht einen Käufer und verhandelt augenblicklich mit amerikanischen und englischen Interessenten. Eine nicht alltägliche und an Abenteuern und Buntheit des Lebensstils überreiche Karriere scheint sich damit dem Ende ihrer öffentlichen Wirksamkeit zuzuneigen. Sarrasani begann um die Jahrhundertwende. Arbeitete zunächst als Stallbursche und Clown in einem kleinen Bumsunternehmen. Machte sich bald selbständig und pachtete in Brandenburg an der Havel einen Saal. Dann legte er sich ein paar Wägelchen und ein paar Pferde zu und bereiste sächsische Städtchen: Radebeul, Meissen, Annaberg..... Das Unternehmen erweiterte, vergrösserte sich. In Dresden wird ein fester Bau errichtet, der noch heute Kernstück des Sarrasani-Besitzes ist. Expansion. Sarrasani zieht durch Ungarn, Galizien, die Schweiz, Tirol, Skandinavien. Der Krieg bricht los und überrascht Sarrasani in Essen an der Ruhr. Wie unendlich dramatisch müssen die Tage des Kriegsausbruches sich für die Zeltstadt gestaltet haben! Welcher Stoff für die Literatur liegt hier begraben! Menschen aller Nationen, eben noch versammelt zu friedlicher, gemeinschaftlicher Arbeit, sind plötzlich zu Feinden gestempelt, werden zum Mord gegeneinander aufgerufen. Das Artistenvolk siebt auseinander: jeder Mann in seinen speziellen Schützengraben! Die Indianer gelangen glücklich nach Amerika, aber das Schiff, das die Japaner in ihre östliche Heimat bringen soll, wird im Mittelmeer von einem deutschen Torpedo zerrissen. Schwerste Zeiten ziehen auch für die Tiere herauf. Teils siechen sie in schrecklichen Entbehrungsjahren dahin, teils müssen sie auch Kriegs- oder gar Frontdienst leisten und dürfen teilhaben an den Schrecknissen und Martern, die menschlicher Wahnsinn über die Erde verhängt.

Nach dem Kriege hat Sarrasani langsam wieder aufgebaut und, teilweise in Zusammenarbeit mit dem alten Stinnes, seine Schau in Südamerika gezweigt.

Sarrasani ist durchaus der Meinung, dass sein Zirkus viel mehr als ein bunter Rummel, nämlich eine Völker- und Tierschau von hohem kulturellen Range sei, ein wahres "Theater des Volkes."

Trotzdem, auch wenn jagende Pferde, geloppierende Indianer, stolpernde Clowns, bockende Esel, kletternde Japaner gewiss eine weit erfreulichere, saftvollere, lebendigere Angelegenheit sind als mancher Theater- und Kabarettkitsch: die Zirkusromantik ist nicht mehr ganz an der Tagesordnung. Und wenn selbst ein Fanatiker der Manege wie Stosch-Sarrasani die Waffen streckt - wer soll dann die Schlacht noch schlagen?

Hans Bauer.

Wie gross ist ein Wasserstoffatom?^X

SPD. Die Atome sind die kleinsten Teile der Materie, unteilbar und von unendlicher Winzigkeit, aber doch die Bausteine des ganzen Weltalls. Wie gross - oder richtiger: wie klein - solch ein Atom, und zwar das Wasserstoffatom, ist, wollen wir uns an einem Beispiel klarmachen, das Professor Störmer, der hervorragende norwegische Gelehrte, auf Grund seiner Untersuchungen errechnet hat.

Der Durchmesser des Wasserstoffatoms beträgt ungefähr ein Zehnmillionstel Millimeter, d.h. 10 Millionen Atome haben längs eines Millimeters nebeneinander Platz. Das Wasserstoffmolekül besteht aus zwei Wasserstoffatomen, die wie ein Doppelsternpaar umeinander kreisen. Nehmen wir nun ein Kubikzentimeter Wasserstoffgas bei gewöhnlichem Druck und einer Temperatur von 0 Grad Celsius, so enthält dieses die unglaublich grosse Zahl von 27 Trillionen Molekülen oder - in Zahlen geschrieben - 27 000 000 000 000 000. Die Anzahl der Atome in einem Kubikzentimeter Wasserstoffgas ist also doppelt so gross. Alle diese Atome haben die gleiche Grösse, und da das Gewicht eines Kubikzentimeters Wasserstoffgas bekannt ist, können wir ausrechnen, wieviel ein Wasserstoffatom wiegt! Es ist so klein, dass ungefähr 600 000 Trillionen oder - in Zahlen - 600 000 000 000 000 000 Wasserstoffatome auf 1 Gramm gehen! Wir wollen uns einmal alle Wasserstoffatome aus einem Gramm Wasserstoff längs einer geraden Linie nebeneinandergelegt denken; wie weit würden sie reichen? Vierhundertmal so weit, als die Entfernung von der Erde bis zur Sonne beträgt, also rund 60 Milliarden Kilometer, und das, obwohl 10 Millionen von ihnen auf jedes Millimeter gehen!

Aber noch an einem anderen Beispiel wollen wir versuchen, uns die Kleinheit der Atome zu veranschaulichen. Wir wollen uns denken, dass wir selbst und unsere Messapparate in der Grösse unverändert bleiben, aber die Welt aussen um uns, die Menschen und alle Gegenstände, sich ständig vergrössern, bis die Vergrösserung so gross geworden ist, dass die Atome handgreiflich werden.

Zunächst wollen wir eine hundertfache Vergrösserung annehmen. Die Menschen sind dann gewaltige Riesen geworden, die bis zur halben Höhe des Eiffelturmes hinaufreichen. Eine Wespe ist ein erschreckendes Raubtier von der Grösse eines Ochsen und ein Menschenhaar zu einer Schnur von 1 Zentimeter Stärke geworden.

Nun wollen wir uns diese neue Welt wieder hundertfach vergrössert denken, also unsere ursprüngliche Welt zehntausendfach. Die Menschen werden zu Ungeheuern von 15 bis 20 Kilometern Höhe, die Wespe wird ein paar hundert Meter lang, das Menschenhaar ein Meter dick, und kleine Bakterien, die in Wirklichkeit ein Tausendstel Millimeter gross sind, werden nun Lebewesen von 1 Zentimeter Länge.

Eine hundertfache Vergrösserung dieser letzten Welt, also eine einmillionfache der wirklichen, zeigt folgende Verhältnisse: Das Menschenhaar ist nun 100 Meter dick geworden, die Bakterien sind 1 Meter lang aber die Atome noch immer so klein, dass man sie kaum sehen kann, ungefähr ein Zehntel Millimeter gross.

Wir wollen immer noch weiter gehen. Noch einmal wollen wir unsere Welt auf das Hundertfache vergrössern, sodass die ursprüngliche Welt nun hundert-millionenmal vergrössert ist. Nun endlich ist das Wasserstoffatom handgreiflich geworden, und zwar ist es etwa 1 Zentimeter gross. Gleichzeitig ist das Menschenhaar 10 Kilometer im Durchmesser geworden, und die Bakterien sind ungeheure Wesen von 100 Meter Länge. Ein kleiner Kinderball ist nun so gross wie die ganze Erde!

Erich Krug.

Abends im Wartesaal.

SPD. Dieser Wartesaal erster und zweiter Klasse ist besser beleuchtet als der für die Reisenden dritter Klasse bestimmte, aber auch er ist eine triste, trostlose Angelegenheit. Bräunlicher Stuck an den Wänden, ein paar traurige Jugendstil-Linien darauf und viele schadhafte Stellen. Unten hat ein tüchtiger Anstreicher grünen Marmor mit weissen Adern vorgetäuscht. Vergilbte Bekanntmachungen, Löcher von Bekanntmachungsnägeln, eine kassettierte Stuckdecke in schmutzigem Grün und Braun. Eingebaut unter romanischem Bogen in der einen Querwand eine Glastafel "Einsteigen in Richtung...", eine Glocke darüber, die nicht läutet, und zwei eingerahmte Papptafeln daneben, auf denen in altdeutscher Buchstaben "Goldene Worte berühmter Männer" stehen. Ob sie in den Jahrzehnten ihrer Bahnhofsexistenz wohl schon jemals ein Mensch gelesen hat?

Blasse Kellner in ärmlichen Smokings, Sonderbar, dass sie alle eine Glatze haben, wie ich eben gerade feststelle! Drei Menschen, die nichts verzehren, auf den für Nichtverzehrende angebrachten Bänken an der Wand. Ein gotischer Garobenständer steht messingleuchtend dazwischen.

Ein Zigaretten rauchendes Liebespaar sitzt mir gegenüber. Die beiden jungen Leute sind sehr entzückt voneinander, sehen sich in die Augen, lächeln und essen zwischendurch Salzbrezeln. Sie sind das einzige Lebendige in diesem Unterstande des Wartens.

Ein Zeitungsbblatt wird umgewendet, eine Nase schneuzt sich, eine fette Hand hebt sich vom Bierglas an den Kopf. Eine "Elegante Welt" und eine Tasse Kaffee vor der silberkettenbehängten Dame links, eine wandervogelmässige Maid träumend übers rote Gesicht, ein Stuhlücken, ein wenig Gläserklirren und Tassen-spülen, zwei, drei monotone Stimmen, müde Koffer neben müden Beinen, ein müdes, blasses, hustendes Mädchen hinterm Kuchen-, Keks-, Schokolade-, Zigarrenbüffet - und als Glanzpunkt, leuchtend, verheissungsvoll, einladend, wie verirrt in dieses Grau, in diese abgestandene, säuberliche Luft: sechs runde, pralle, rote Aepfel und vier goldene Apfelsinenkugeln auf dem Büffet.....

A. Braun-Stratmann.

Schärfe und Denkmechanismus.^x

SPD. Früher galt es als ausgemacht, dass die Angehörigen von Naturvölkern sich in der Wildnis besser zurechtfinden als der durch die Zivilisation angeblich degenerierte Weisse. Aber genaue Beobachtungen haben einwandfrei im Laufe der Jahrzehnte erwiesen, dass sich diese Feststellung lediglich auf Gegenden bezog, die der betreffende Primitive bereits einmal - und mochte es noch so lange her sein - gesehen hatte. Das Gedächtnis war es, was hier die Orientierung ermöglichte, wo der fremde Weisse versagen musste. Dass die sogenannten Wilden in mancher Hinsicht sich auf ihre Sinnesorgane besser verlassen können, als der

in der Kultur grossgewordene Mensch, liegt auch weniger an der genaueren Wahrnehmung als an der gründlicheren und häufigeren Übung in dem dem "Wilden" gewohnten, dem Fremden aber verwirrenden Milieu.

Wie sehr hier die Übung mitspricht, beweist ein Erlebnis Alexander von Humboldts, der in seinem "Kosmos" von einer Beobachtung aus der Gegend von Quito in Südamerika berichtet. Humboldt betrachtete mit mehreren Indianern und Weissen aus einer Entfernung von über 25 Kilometern den Vulkan Pinchincha, auf den sein Reisebegleiter Bonpland einen Ausflug unternommen hatte. Die Indianer erkannten Bonpland, der einen weissen Mantel trug, als "einen weissen, sich vor schwarzen basaltischen Felswänden fortbewegenden Punkt früher", als ihn die Europäer in den aufgestellten Fernrohren aufzufinden vermochten. Bald wurde jedoch das weisse, sich bewegende Bild auch Humboldt mit unbewaffnetem Auge sichtbar.

Inzwischen ist hundertfach durch das Experiment erhärtet worden, dass das Auge auf Bewegungen empfindlicher reagiert als auf unbewegte Objekte. Durch Untersuchungen ist weiter festgestellt worden, dass beispielsweise Neger Bewegungen schon dann zu erkennen vermochten, wenn diese 2 bis 10 mal kleiner waren als die von Weissen wahrgenommenen. Andererseits zeigt das Humboldt'sche Erlebnis, dass die Wahrnehmung der Indianer nur eher einsetzte als die des Forschers, dass also an sich bei den Eingeborenen keine grössere Sehschärfe vorlag. Der scheinbare Widerspruch erklärt sich ohne weiteres aus seelischen Bedingungen. Der Primitive hat keine Vorstellung von Kategorien wie "Baum", "Berg", "Wald". Er sieht nur den einzelnen Baum in seinen Einzelheiten, ohne damit einen übergeordneten Begriff zu verbinden, den einzelnen Berg, die Eigenart der Einzelteile des vor ihm liegenden Waldes, und weil er seine Sinne, gewohnheitsmässig und im Training der Gewohnheit, auf die Summe der Einzelheiten richtet, ohne diese Summe in einen zusammenfassenden Begriff zu verschmelzen, so erkennt er jede Veränderung, die jede Einzelheit erfährt. Wir sehen den ganzen Wald und übersehen dabei den Einzelbaum und die an ihm stattfindenden Veränderungen. Der "Wilde" sieht in der Tat den Wald vor lauter Bäumen nicht, sondern er beobachtet lauter Einzelbäume und erkennt daher jedes fremde Wesen darauf und alles, was nicht unmittelbar zu diesem Baumindividuum gehört, viel eher als der Weisse, der sein Augenmerk auf das grosse Ganze richtet, wie es sich seinen gewohnten Gedankengängen darbietet. Scharf sehen heisst: das Einzelne in seinen Besonderheiten erkennen, und der Forscher, der etwas Neues entdeckt, muss sich erst einmal frei machen von den Denkgewohnheiten, die zwar nützlich sind, um die bekannten Erscheinungen des Lebens in bequeme Rahmen einzuordnen, aber unbrauchbar, um neue Lebenserscheinungen zu entdecken.

Warum gilt die Zahl 13 als Unglückszahl?^x Wenige werden wissen, dass dieser Aberglaube zurückgeht um mehr als 1000 Jahre vor Christi Geburt auf die alten Babylonier. Ihnen verdanken wir unsere Zeitrechnung. Sie teilten die Woche in 7 Tage, den Tag in 24 Stunden, die Stunde in 60 Minuten, die Minute in 60 Sekunden ein. Das Jahr hatten sie eingeteilt in 12 Monate, die abwechselnd je 29 und 30 Tage zählten. Da das nicht ausreichte für das natürliche Jahr, das Jahr der Sonne so würde in gewissen Zwischenräumen ein dreizehnter Monat eingeschoben, wie wir heute im Schaltjahr einen 29. Tag für den Februar einschieben. Die regelmässigen 12 Jahresmonate standen im Zeichen der 12 Sternbilder des Tierkreises, wie sie heute noch gedeutet werden, in neuester Zeit besonders auch von Astrologen. Für den 13. Monat wählte man als Tiersymbol den Raben, und da dieser als Unglücksvogel galt, wie es auch im neuern Volksaberglauben der Fall ist, so wurde zunächst der dreizehnte Monate abergläubisch als Unglücksmonat angesehen. Diese Vorstellung übertrug sich dann auf die Zahl 13 an sich.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

20)

SPD. Als die Flamme unter dem Zylinder stark genug geworden war, machten sie mit äusserster Vorsicht die Tür frei.

"Ha! Ha!....Ha! Ha! Ha!...."

Wieder dieses Lachen.

Wie die Wahnsinnigen stürzten sie auf die Terrasse. Brenellec hatte noch die Geistesgegenwart, im Vorbeirennen nach einem Tau zu fassen. Sie warfen es über die Mauer und kletterten hinunter. Dann machten sie das Beiboot flott, das sich entfernte und mit dem Nebel verschmolz....

Während der Nacht blieb das Drehfeuer stehen. An Land bemerkte Dominique Houarz, der Nachfolger des alten Douellou, diesen sonderbaren Umstand und benachrichtigte Quémeneur. Am nächsten Tagen ging die "Marie=Jeanne" in See.

Als man am Felsen anlangte, war man sehr überrascht, die Tür des Leuchtturmes verschlossen zu finden und von niemanden Antwort zu erhalten. Houarz kletterte behende an dem hängenden Tau zur Terrasse hinauf. Er drang in das Gebäude ein, wo er alles in grösster Unordnung vorfand, ging hinunter und näherte sich der Eingangstür.

Kaum hatte er die Tür geöffnet, verliess eine grosse Möwe den Leuchtturm und flog mit einem höhnisch kichernden Schrei davon. Die beiden Wächter sah man niemals wieder, ebensowenig auch nur als Strandgut ein Ruder des geheimnisvollen Bootes....

VI.

Diese doppelte Flucht rief bei der Verwaltung die grösste Bestürzung hervor. Jeder nahm sie auf seine Art auf.

Kerroz sah darin einen Beweis für das verhängnisvolle Unglück, das sich an den Teufelsfelsen zu heften schien.

Fouché fragte sich, ob die Wächter da unten auch weiterhin aussergewöhnliche Abenteuer erleben würden.

Herr von Croixdalle war empört. Er schwang seinen Kneifer über seinen Kopf und erklärte, dass er alles tun würde, um die beiden Burschen, die sich des Verlassens eines Dienstpostens schuldig gemacht hätten, dem Höchstmasse von Bestrafung zuzuführen - falls man sie eines Tages fasste!

Ausser Dominique Houarz, der Bootsmannmaat in der Flotte gewesen war, bestellte man Alain Redec und Georges Thuillier zu Wächtern.

Thuillier war ein stattlicher Bursche mit ziemlich guten Manieren und lebte als Sohn eines Marinebeamten ein wenig abseits.

Alain Redec - ein Biedermann mit gewaltigem Barte und etwas hervorstechenden Augen - kam aus Batz, wo er fünf Jahre Dienst als Wächter dritter Klasse getan hatte.

Bei denen konnte man sicher sein. Der Meinung war sogar Kerroz.

Am 15. Dezember nahm Quémeneurs Schiff Kurs auf den Teufelsfelsen. Die beiden Männer, deren Schicksal sich an diesem Tage vereinigen sollte, waren Dominique und Alain Redec.

Redec empfing Houarz auf das herzlichste; er liebte die Gesellschaft dieses freundlichen und munteren Gefährten; der in seinem Matrosenkopf eine Unzahl der unterhaltendsten Geschichten barg.

Ausser dem vorschriftsmässigen Korb und dem Sack trug der Neuankömmling noch ein sorgfältig verschnürtes kleines Körbchen.

Als Redec ihn nach dem Inhalt fragte, zwinkerte er mit den Augen und machte eine Bewegung, die etwa sagen wollte: "Warte einen Augenblick - wir werden uns"

später darüber unterhalten."

Die nächsten Tage machte er sich einen Spass daraus, ihm nicht den Inhalt des Korbes zu verraten. Endlich gab er nach, löste die Schnur und sagte: "Sieh mal her, mein Sohn! Wir feiern doch Weihnachten zusammen, nicht wahr? Und da ist unser Christkind drin! Ist das nicht ein famoser Gedanke, was?"

Ein ganz ausgezeichneter Gedanke sogar!

Im Korn befand sich Butter, Brot, Eier, ein Kohl, ein kleiner Schinken eine Leberwurst, ein Kuchen und Biskuits. Ganz unten lagen vier Flaschen Apfelwein, aber nicht etwa ein schwächliches Gebräu mit der Etikette eines Phantasiegetränkes, sondern dicke schwarze Glasflaschen, die wohlverkorkt, reinen Zider enthielten, jenen schönen rötlichen Apfelwein, der knisternd fließt und in den Krügen summt.

Redec schnalzte ausgelassen wie ein Kind mit den Fingern.

Aber er wusste, dass Houarz von seinem kärglichen Gehalt als einsamer Junggeselle lebte, und er fragte sich, was für ein Glücksfall ihm diesen Luxus gestattet hätte.

"Woher ich das habe?" entgegnete der andere, "das möchtest du wohl wissen, du Bösewicht! Man hat es mir geschenkt".

"Wer denn?"

"Eine Dame...."

"Was für eine Dame?"

"Eine Dame...."

Mehr konnte man nicht aus ihm herausbekommen.

Dieser Weihnachtsplan nahm ihre sämtlichen Gedanken in Anspruch. So würden auch sie, während die Landratten sich gegenseitig Geschenke machten, nicht darauf angewiesen sein, wie alle Tage kümmerlich an Brot und Speck zu nagen....

Zwei Tage vor Weihnachten näherte sich eine Barke dem Leuchtturm: Gounit, ein Fischer aus Le Conquet, der einzige von der Küste, der sich bisweilen bis zum Teufelsfelsen hinauswagte.

Ein sonderbarer Kerl, dieser Gounit! Im Grunde kein böser Mensch, aber sarkastisch, brutal und stets bereit, einen wilden Fluch aus seinem Bartgehege auszustossen. Als übertriebener Freidenker glaubte er an nichts und machte sich einen Spass daraus, den Glauben der anderen zu erschüttern. Freunde hatte er nicht ausser einigen notorischen Trunkenbolden, denen er es oft gleichzutun versuchte. Sess er nicht in irgendeiner Schenke im Hafen, so konnte man sicher sein, dass er auf hoher See herumkreuzte; denn er verbrachte seine ganze Zeit auf einem kleinen, aber kräftigen Boot, das er allein bediente. Dieser Gounit war seltsamerweise mit der hübschesten Frau aus Le Conquet verheiratet. Gewiss hätte niemand behaupten wollen, dass Corentine Gounit nicht einst ihren guten Ruf aufs Spiel gesetzt hätte. Einige erinnerten sich sogar daran, in überberühmten Lokalen von Brest ein Mädchen getroffen zu haben, das ihr sehr ähnlich gesehen hätte. Auch in Le Conquet war man argwöhnisch, obwohl ihr einwandfreies oder vorsichtiges Verhalten jeden Klatsch unmöglich machte; immerhin war man der Meinung, dass Gounit trank und so häufig die Einsamkeit suchte, weil er seine ehelichen Enttäuschungen vergessen wollte.

"Sieh einer an", sagte Houarz, "Gounit....er wirft seine Netze aus....., wird sie wohl morgen abend wieder einziehen....gerade am heiligen Abend."

Er dachte einen Augenblick nach, dann sagte er mit einem zweideutigen Lächeln:

"Soll man ihn einladen?"

(Fortsetzung folgt.)